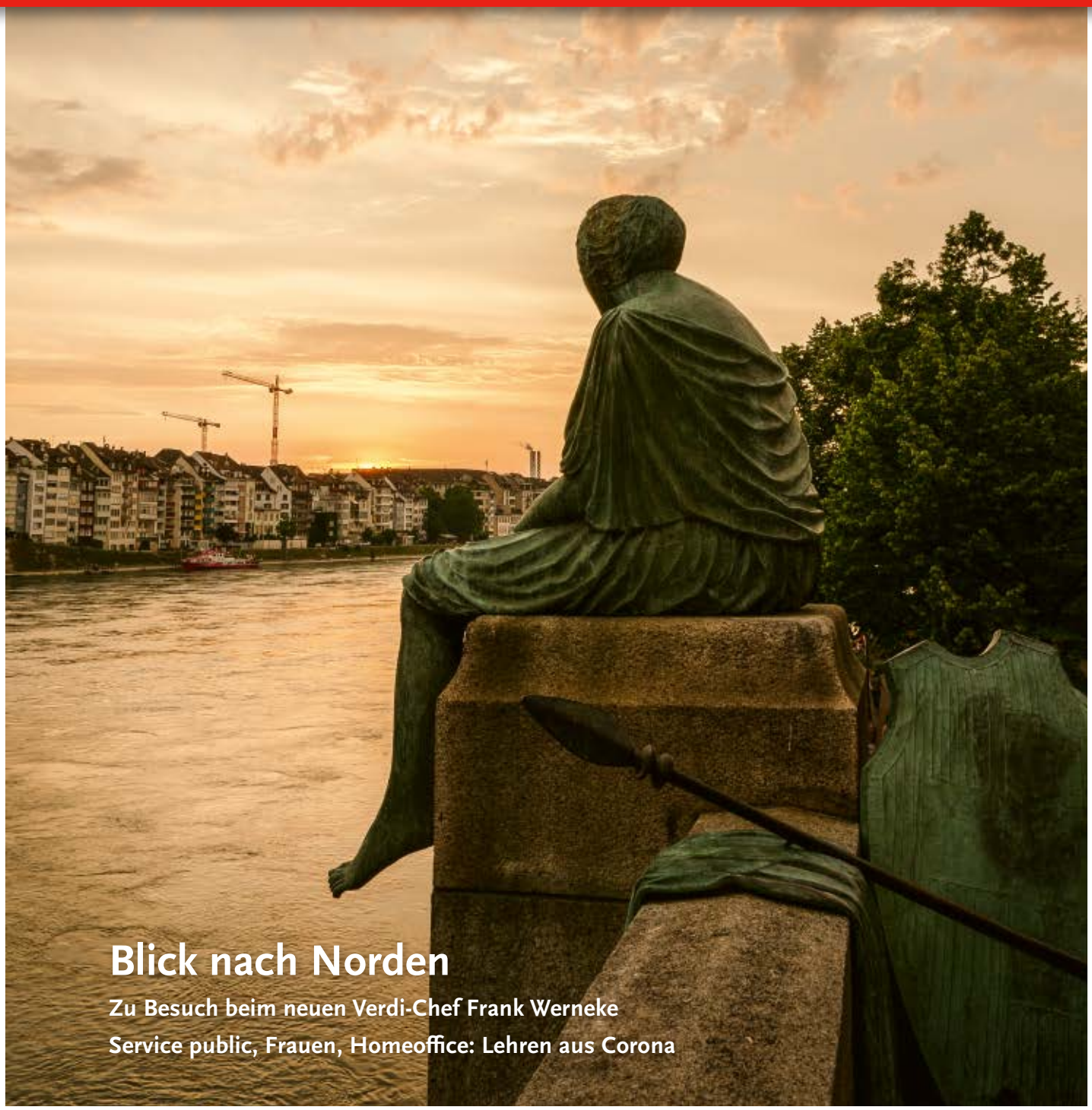
Juli 2020
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Blick nach Norden

Zu Besuch beim neuen Verdi-Chef Frank Werneke

Service public, Frauen, Homeoffice: Lehren aus Corona

Banking, wo immer du bist.

Jetzt Konto eröffnen und profitieren! **Code: VPOD20***

* gültig bis 3.8.2020

Zak ist eine einfache und übersichtliche App, mit der du deine Finanzen komplett im Griff hast. Unkompliziert und gratis.

Exklusiv für dich: Eröffne ein Zak-Konto und erhalte ein Startguthaben von 25 CHF und einen Gutschein von Microspot im Wert von 50 CHF geschenkt.

Mehr dazu unter cler.ch/zak-kooperationen

Zeit, über Geld zu reden.

Jetzt downloaden.

Bank Banque Banca **CLER**

Ich will VPOD-Mitglied werden!

☐ **Ich möchte dem VPOD beitreten.**

☐ **Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.**

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

5 **Zum Tango gehören zwei**
Das Bundesgericht klärt, was Mitbestimmung beim Pensionskassenwechsel bedeutet

6–7 **Der Wert des Rettungsgeräts**
Der Service public ist bei der Bewältigung der Corona-Krise zentral

8 **Raus aus dem Wilden Westen**
Homeoffice: Die Lehren aus dem Feldversuch

9 **Mit geballter Kraft**
Bilder von der Frauen und der Antirassismus-Demo

11–17 **Dossier: Blick nach Norden**
Das grosse Interview mit dem neuen Verdi-Vorsitzenden Frank Werneke

18–19 **Das Unbehagen mit dem Kriegsende**
Vor 75 Jahren rutschte die Schweiz aus der Kriegs- in die Nachkriegszeit

21 **Die Wiederkunft des Franz Biberkopf**
Eine filmische Neuinterpretation von «Berlin Alexanderplatz» kommt ins Kino

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

10 **Aus den Regionen und Sektionen**

20 **Sunil Mann:** The Name of the Game

22 **Wirtschaftslektion:** Überbrückung als notwendige Korrektur

23 **Wettbewerb:** Nördliches Wirtschaftswunder

24 **VPOD aktuell**

25 **Hier half der VPOD:** Depression? Nicht IV-relevant!

26 **Solidar Suisse:** Drei Schritte vor, zwei zurück

27 **Menschen im VPOD:** Hans Rudolf Schelling wünscht einen guten Abend

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 6, Juli 2020
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Unmoralisch

«Corona zeigt uns die Brüchigkeit einer globalen Weltordnung.» «Corona zeigt uns, wie schön die Normalität ist.» «Corona zeigt uns, dass die Menschheit ihr kollektives Verhalten grundlegend ändern kann.» «Corona zeigt uns, wie wir unter Angst versagen.» «Corona zeigt uns, wie gut Entschleunigung tut.» «Corona zeigt uns, dass wir nicht Gott sind.» «Corona zeigt uns die Nachteile unseres Steinzeitgehirns.» «Corona zeigt uns, dass die neoliberale Wirtschaft versagt.» «Corona zeigt uns, wie wichtig es ist, die Produktion im eigenen Land zu haben.» «Corona zeigt uns, wie unsolidarisch unsere Gesellschaft ist.» «Corona zeigt uns, wie kostbar unsere Freiheit ist.» «Corona zeigt uns, wie wichtig reibungslose Echtzeitkommunikation ist.»

Steht alles im Netz. Das Coronavirus zeigt uns also: alles. Sowie: das Gegenteil davon. Klar, dass jetzt alle ihr Fledermaussüppchen kochen und mit der Pandemie Politik machen (oder – ein Geschäft). Die Lektion der Gewerkschaften ist aber doch vergleichsweise einleuchtend, gell: Aus dem ganz grossen Schlamassel rettet uns kein höh'res Wesen, heben uns weder Nestlé noch Novartis, weder Sergio Ermotti noch Severin Schwan. Es helfen uns dann a) ein vernünftig handelnder Staat und b) die Systemrelevanten (die Gestellauffüllerin in der Migros, der Betreuer im Heim usw.). An diese Orte, in diese Stellen muss mehr Geld!

Model/Influencerin/Spielerfrau Cathy Hummels zieht andere Schlüsse: Sie sieht Corona als Gegenschlag der Umwelt. «Ich weiss nicht, ob es die Rache der Natur ist, aber ich glaube, es ist die *Antwort* der Natur», sinniert der Papst/Pontifex/Hl. Vater. Ähnlich Philosoph/Kritiker/Theoretiker Slavoj Žižek: «Wenn die Natur uns mit Viren attackiert, sendet sie gewissermassen unsere Botschaft an sie zurück.» Das ist, mit Verlaub, Blödsinn. Wer bitte soll das sein, «die Natur»? Und das Virus selber kann uns gar nichts zeigen. Es ist dazu viel zu dumm. Vielleicht ist es ja nicht einmal ein Lebewesen. (Die Wissenschaft streitet noch.)

Kriterien wie Gut und Böse, Schuld und Sühne, Tat und Vergeltung haben bei Infektionskrankheiten eh noch nie geholfen. Das gilt von der Pest des Mittelalters über die Spanische Grippe bis HIV/Aids: Erreger besitzen keinen Plan, die Natur hat keine Moral, Krankheit keine Botschaft (wie schon die kluge Susan Sontag festgestellt hat). Und wenn Menschen solche Dinge hineininterpretieren, entsteht höchstens zusätzliches Leid.

Auch Corona übermittelt keine Nachrichten, die es zu entziffern gälte. Das einzige, was man tun kann: sich mit dem neu gewonnenen Wissen für die Krisen der Zukunft wappnen. Siehe oben. (Aber mutmasslich erwischt uns auch die nächste Katastrophe auf dem falschen Fuss.)

Abschottung? Für die Schweiz der falsche Weg.

Präsenz? Für Hochschulen unverzichtbar.

Weight Watchers will sich schlankstrampeln

Die Ankündigung von Weight Watchers Schweiz, rund zwei Drittel der Stellen in der Schweiz zu streichen, hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Der in Nyon ansässige Ableger des multinationalen Unternehmens für Gewichtsreduktion versuchte, ein ordentliches Konsultationsverfahren zu hintertreiben. Inzwischen haben die Beschäftigten, unterstützt von der Gewerkschaft Unia, ihrerseits Vorschläge zur Rettung der 110 bedrohten Arbeitsplätze eingereicht. Während die Direktion auf verstärkte Online-Aktivitäten setzt, favorisieren die Beschäftigten persönliche Workshops. | *unia/slt*

Postfinance soll raus aus dem Korsett

Dachverband und Branchengewerkschaft sind sich einig: Postfinance ist ein unverzichtbares Finanzinstitut, das in einem zu engen Korsett gefangen ist. Daher wird die Ankündigung des Bundesrats, Postfinance den Zugang zum Hypothekar- und Kreditmarkt zu öffnen, begrüsst. So könnten auch die negativen Folgen der erodierenden Zinsen teilweise aufgefangen werden. SGB und Syndicom warnen indes vor einer Teilprivatisierung. Daraus resultiere höchstens eine Schwächung des Service-public-Gedankens, bemerken sie. | *sgb/syndicom/slt*

Kampagne gegen Kündigungsinitiative

Der SGB hat an einem gemeinsamen Auftritt der Sozialpartner mit Bundesrätin Karin Keller-Suter betont, dass die Kündigungsinitiative allen Arbeitnehmenden schadet. Die Annahme der SVP-Initiative «würde es schwieriger machen, wirtschaftlich aus der Krise herauszukommen; sie würde den Druck auf die Löhne aller erhöhen und die bewährten Kontroll- und Schutzmechanismen aufs Spiel setzen», betonte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard. Er ortet in der Schwächung der Arbeitnehmerrechte auch das eigentliche Bestreben der Initiantin. Der SGB wird sich daher mit einer starken Kampagne gegen die Kündigungsinitiative engagieren, um Jobs und das wirksamste Lohnschutzsystem Europas zu bewahren. | *slt/sgb (Foto: jikgoe/iStock)*

Auf Kosten der Kleinen

Über zwei Motionen von SP-Nationalrätin Mattea Meyer über die Verlängerung der Unterstützungsmassnahmen für Selbständige bis September stimmt das Parlament erst in der nächsten Session ab – wenn es für viele Soloselbständige zu spät ist. Schuld am Widerruf des bereits gefällten Beschlusses zum Ordnungsantrag der SP waren FDP sowie der nächtliche Gesinnungswandel zweier Grüner. Syndicom ist empört: Ohne Fortführung des Erwerbsersatzes für Selbständigerwerbende und der Kurzarbeitsentschädigung für Personen in der eigenen GmbH werden viele Existenzen an der Krise zerbrechen. | *slt*

Hochschulen: Präsenz unverzichtbar

Zur Teilöffnung der Hochschulen stellt der VPOD klar, dass Präsenzunterricht auch im Tertiärbereich unverzichtbar bleibt und sich nicht durch Fernunterricht ersetzen lässt. Eine erste Bilanz des VPOD über die Zeit des Lockdowns hat zahlreiche weitere Forderungen ans Licht gebracht: Der Zusatzaufwand für die Umstellung auf Fernunterricht muss abgegolten, dessen Durchführung seriös nachbereitet werden. Dazu gehören auch klare Regeln fürs Homeoffice. Wer wegen der Zusatzanforderungen in der eigenen wissenschaftlichen Qualifikation gebremst wurde, soll eine Vertragsverlängerung erhalten. | *vpod (Foto: skynesher)*

Flankierende schärfer vollziehen

Der Bericht zu den Flankierenden zeigt gemäss SGB: Diese Massnahmen sind wichtiger denn je! Wo kontrolliert wird, kommt Illegales ans Licht, insbesondere bei Firmen, die Kurzaufenthalterinnen und Kürzestaufenthalter oder Temporärarbeitskräfte beschäftigen. Bei mehr als 15 Prozent der rund 166 000 überprüften Löhne wurden Verstösse aufgedeckt, entweder zu tiefe Löhne oder Scheinselbständigkeit. In Branchen mit GAV-Mindestlöhnen sind die Verstossquoten höher (über 20 Prozent), weil Dumping dort klarer definiert ist. Die Kontrollaktivität der Kantone ist nach wie vor sehr unterschiedlich; stark ist sie etwa im Tessin und in Genf, schwach allgemein in der Deutschschweiz, wo ein Schweizer Unternehmen im Schnitt nur gerade alle 50 Jahre einmal kontrolliert wird. | *sgb*

Das Bundesgericht klärt, was Mitbestimmung bei einem Pensionskassenwechsel bedeutet

Zum Tango gehören zwei

Die zweite Säule ist in der Schweiz paritätisch konzipiert. Beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmende, bestimmen gemeinsam. Dass das auch beim Wechsel der Vorsorgeeinrichtung gilt, hat das Bundesgericht endlich klargestellt. | **Text:** *VPOD (Foto: GoodLifeStudios/iStock)*

Der VPOD begrüsst, dass das Bundesgericht das gesetzlich verankerte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmenden beim Wechsel der Pensionskasse bekräftigt hat (9C_409/2019). Damit ist klar: Echte Mitwirkung bedeutet, dass die Wahl der Vorsorgeeinrichtung eine gemeinsame Entscheidung des Arbeitgebers und der Arbeitnehmenden ist. Damit sollen einseitig von Arbeitgeberinteressen geleitete Wechsel, die das Personal schlechter stellen, unterbunden werden.

Echte Zustimmung nötig

Das Bundesgericht verlangt nicht einfach eine kurze Information: «Es reicht nicht, das Personal nur zu orientieren und/oder anzuhören. Vielmehr bedarf es dessen Zustimmung zum Anschlusswechsel.» Die Arbeitnehmenden müssen folglich frühzeitig über die relevanten Entscheidungskriterien verfügen. Auch für das gewerkschaftliche PK-Netz ist klar: Dieses Urteil hat Signalwirkung, denn es geht hier nicht um einen Einzelfall. Die Zahl betriebseigener Kassen sinkt, die Versicherung in einer Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtung wird häufiger: «Und um diese Versichertenbestände herrscht ein regelrechter Wettbewerb, bei dem die Interessen der Arbeitnehmenden oft zu kurz kommen.» Die Problematik ist vorab im privatwirtschaftlichen KMU-Bereich akut, aber auch der VPOD weiss Geschichten zu erzählen (siehe Kommentar).

Heute werden Hunderttausende Arbeitnehmende an schlechte und teilweise sogar dubiose Sammelstiftungen angeschlossen, ohne dass sie um ihre Meinung gefragt wurden. Es gibt Fälle, in denen kerngesunde Kassen schlechtgeredet werden – nur damit das Unternehmen Geld spart, zulasten des Personals, dessen Konditionen verschlechtert werden. «Das Bundesgerichtsurteil gibt den Arbeitnehmenden nun den höchstrichterlichen Segen, sich selbstbewusst gegen Wechselgelüste ihrer Arbeitgeber zu wehren», kommentiert das PK-Netz.

«Veritable Herausforderung»

Franziska Bur Bürgin, Anwältin der unterlegenen Partei, listet in ihrem Blog auch jene Punkte auf, die das Bundesgericht offenlässt. Namentlich zum konkreten Verfahren gibt es kaum Hinweise, und auch die Frage, welche Informationen dem Personal vorliegen müssen, damit es entscheiden kann, ist ungeklärt. Besonders bei Kassen in Unterdeckung, so mahnt Bur Bürgin, «dürften die konkreten Konsequenzen für den *einzelnen Versicherten* im Vordergrund stehen» – Informationen, die der Arbeitgeber aus Datenschutzgründen gar nicht haben darf. Auch sie liest aus dem Bundesgerichtsentscheid die Aufforderung an die Sozialpartner, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, wenn eine Partei einen Kassenwechsel anstrebt. «In Unternehmen, welche keine gewählte Arbeitnehmervertretung haben, dürfte ein solcher Prozess erhebliche Ressourcen binden und zu einer veritablen Herausforderung werden», mutmasst die Anwältin.

Nicht nur auf dem Tanzparkett, sondern auch bei der Ausgestaltung der beruflichen Vorsorge braucht es zwei.

Mitbestimmung gestärkt

Dieses Urteil ist deshalb so wichtig, weil die Mitwirkungspflicht in der beruflichen Vorsorge bisher sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Viele Arbeitgeber setzten sich einfach über das Gesetz hinweg. Uns ist ein Fall bekannt, wo der Arbeitgeber von seinen Mitarbeitenden zwar die schriftliche Einwilligung für den Wechsel einholte – damit verbunden war aber die Kündigungsandrohung für den Fall, dass man nicht zustimme! Diesem Arbeitgeber sollte man jetzt dieses Urteil um die Ohren schlagen…

In Fachkreisen bis hin zum Bundesamt für Sozialversicherungen hörte man bisweilen, die Mitwirkung des Personals sei unpraktikabel und der fragliche Gesetzesartikel (Art. 11 Abs. 3bis BVG) betreffe sowieso nur das Obligatorium. Er sei somit toter Buchstabe, wenn eine Versicherung zugleich auch überobligatorische Leistungen anbietet. Dem ist definitiv nicht so. Das Bundesgericht hat eine rote Linie gezogen. Die Pensionskassen werden sensibilisiert; sie können nicht mehr einfach jeden neuen Anschluss durchwinken. Bei den wechselwilligen Arbeitgebern werden sie nachhaken müssen, ob das Personal in den Prozess einbezogen war und ob es einverstanden ist. Und die Arbeitgeber sowie die abgebende Pensionskasse werden diesen Prozess begleiten und dokumentieren müssen!

Das wird hoffentlich auch den Brokern, die Pensionskassenwechsel oft aus Eigennutz fördern (Stichwort: Courtagen), die Arbeit erschweren. | *Jorge Serra, VPOD-Zentralsekretär (Foto: Mischa Scherrer)*

SGB betont: Der Service public ist bei der Bewältigung der Corona-Krise zentral

Der Wert des Rettungsgeräts

Der Service public hält in dieser ausserordentlichen Zeit das Land zusammen. Das sieht der gesamte SGB so: Die Stärkung öffentlicher Dienstleistungen ist Voraussetzung nicht nur für den Aufschwung, sondern auch für die Bewältigung einer nächsten Krise. | Text: *Christoph Schlatter (Foto: Helgi/photocase.de)*

«Ohne Service public wäre die Lage in den letzten Monaten viel schlimmer gewesen. Ohne Service public hätte die Schweiz der Pandemie nicht auf diese Weise entgegentreten können.» Dies das Fazit des SGB, der an einer Medienkonferenz – der letzten «virtuellen», wie man hofft – den Service public als stabilisierenden Faktor und als unabdingbar für die Bewältigung der vorliegenden und künftiger Krisen präsentierte. Unter Corona habe sich gezeigt: Gerade dort, wo die Gegnerinnen und Gegner Schwächen zu erkennen glauben, war und ist der Service public stark. «Institutionen, bei denen die Koordination im Vordergrund steht und nicht der Wettbewerb, waren in der Krise fähig, im öffentlichen Interesse zu agieren», so der SGB. Stabile Ressourcen sind für solche Kontinuität aber die Voraussetzung.

Der Service public trug Wesentliches zum Überstehen der Corona-Krise bei.

Vertrauen als Grundlage

Im öffentlichen Verkehr und in der Logistik war es die Kombination aus guter Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure einerseits und klaren Vorgaben für die Grundversorgung andererseits, die die Aufrechterhaltung eines geschrumpften Angebots während des Lockdowns und die rasche Wiederherstellung des Normalzustands in der Phase danach ermöglichten. Dies betonte Giorgio Tuti, Präsident des SEV. Er hob hervor, wie vergleichsweise reibungslos SBB und Co. die Herkulesaufgabe der tiefgreifendsten Fahrplananpassung der Geschichte erfüllt haben. Auch die Post bewältigte Spitzen, die jene von Weihnachten und Black Friday noch übertrafen.

«Vertrauen» ist dabei ein zentrales Stichwort: Dank funktionierender Logistik hielten sich Hamsterkäufe in Grenzen; auch der Glaube an den Sinn des Notrechtsregimes hänge von solchen Elementen wesentlich ab, betonte Tuti. «Vertrauen» ist auch eine zentrale Ressource der Medien. Stephanie Vonarburg, Leiterin des Sektors Medien bei der Gewerkschaft Syndicom, machte darauf aufmerksam: «Es ist wieder in unser aller Bewusstsein gerückt, dass die Medien mit ihrer Berichterstattung und Einordnung eine unabdingbare Leistung für die Menschen, die Gesellschaft und die Demokratie erbringen.»

Allerdings stimmt hier die Finanzierung nicht. Schon im März fehlten den Schweizer Medien im Vergleich zum Vorjahresmonat

Kultur ist systemrelevant

Beat Santschi, Zentralpräsident des Schweizerischen Musikerverbands, nutzte die SGB-Pressekonferenz für einen Appell zur Rettung der kulturellen Vielfalt. Er betonte, dass die Erlaubnis für Kleinveranstaltungen, wie sie seit Anfang Juni gilt, für die meisten Etablissements und Organisatoren keineswegs den erhofften Befreiungsschlag darstellt. Denn damit wird in erster Linie die Verantwortung auf die Veranstalter abgeschoben: Sie dürfen zwar öffnen, kommen aber mit dem spärlich zugelassenen Publikum nicht auf einen grünen Zweig. Schon vor Corona war Kultur für die allermeisten Kulturschaffenden, zumal für die Freien, eine prekäre Sache. Jetzt sind die Aussichten noch trüber, und klar ist einzig, dass die Auswirkungen der Pandemie im Kulturbereich noch über Jahre zu spüren sein werden. Viele Veranstalter werden nicht überleben, zahlreiche Künstlerinnen werden, der Not gehorchend, umsatteln. Der Musikerverband verlangt darum dringend die Fortsetzung des Erwerbsersatzes für Selbständige, der Kurzarbeit für Kulturunternehmen und der Nothilfe für Kulturschaffende, auch längerfristig. Sonst drohe «eine nachhaltige Schädigung des kulturellen Service public». | *slt*

80 bis 90 Millionen Franken an Werbeeinnahmen; im April verschärfte sich die Lage weiter. Dabei akzentuiert die Coronakrise lediglich einen ohnehin bestehenden Trend: Werbegeld fliesst zunehmend ins Internet und dort in nichtpublizistische Plattformen. Die vom Parlament angeschobene Nothilfe für die Medien wird zwar begrüsst, ebenso wie das Massnahmenpaket für die neue Medienförderung. Hier gibt es aus Sicht der Syndicom allerdings Nachbesserungsbedarf. Es muss verhindert werden, dass Fördergelder in private Verlegertaschen abfliessen. Deshalb soll für die Subvention der Verzicht auf Gewinnausschüttung und Entlassungen Voraussetzung sein. Auch die Koppelung an GAV ist für Syndicom logisch.

Einrichtungen im Existenzkampf

An Unterfinanzierung leidet auch der ebenso systemrelevante Bereich der Kinderbetreuung. Katharina Prelicz-Huber lobte den Bund für seinen Entscheid, diese Branche als Grundversorgung auch in der Krise offenzuhalten (Deutschland beispielsweise ist einen anderen Weg gegangen). Allerdings habe man die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidung zu spät erkannt: Wenn eine Service-public-Branche grossmehrheitlich durch individuelle Beiträge finanziert ist, bedeutet geringere Auslastung rasch einmal den Kampf ums Überleben. In der Tat ist die Existenz vieler Einrichtungen in Gefahr.

«Die finanzielle Basis stärken, den Anbietern und den Angestellten den raschen Ausstieg aus dem Krisenmodus ermöglichen und die Stellung der Angestellten, die sich seit Jahren an vorderster Front bewähren, verbessern»: Das sind denn auch die Ziele des gesamten SGB. Auf dem Prüfstand stehen für den SGB-Präsidenten Pierre-Yves Maillard im Service public jene «Finanzierungssysteme, die nur das direkte Verhältnis zwischen zahlenden Kunden und Dienstleistern sehen». In diese Rubrik gehören auch die meisten Einrichtungen eines auf Subjektfinanzierung umgebauten Sozialbereichs, während Maillard die Zukunft in einer Rückkehr zum vorherigen System sieht – «mit öffentlichen Subventionen, die von demokratisch legitimierten Behörden den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasst werden».

Noch widerstandsfähiger werden

Der SGB verlangt daher, dass wieder über den Wert – und nicht nur den Preis – des Service public gesprochen wird. Es braucht mehr davon – und weniger Liberalisierung. «Die krisenbedingten Zusatzausgaben oder Einnahmeausfälle dürfen weder zu Leistungs- noch zu Lohnkürzungen führen», verlangt Pierre-Yves Maillard. Vielmehr sei ein rascher und vollständiger Ausgleich der Verluste notwendig, auch im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufschwung. In den subventionierten oder anderweitig durch die öffentliche Hand unterstützten Betrieben müsse jede Entlassung verhindert werden. Eine Besserstellung der Beschäftigten und die bessere Anerkennung ihrer Kompetenzen gehen damit Hand in Hand. So will Pierre-Yves Maillard «den Service public noch widerstandsfähiger machen – zum Beispiel mit Blick auf eine nächste Krise».

VPOD: Wende zurück zum Gemeinwohl

Hervorzuheben, dass der Service public in der Krise wichtig, lebensrettend, systemrelevant war und ist – das hiesse wahrlich, Wasser in den Rhein zu tragen. Katharina Prelicz-Huber ging an der Medienkonferenz spezifisch auf das Gesundheitspersonal ein, wo sich deutlich die Unterbewertung der pflegenden und betreuenden Berufe gezeigt hat: «Teile des Gesundheitspersonals kämpften wochenlang mit langen Arbeitstagen und vielen Überstunden um das Leben der an Covid-19 Erkrankten und riskierten dabei die eigene Gesundheit, weil es zu Beginn an Schutzmaterial mangelte. Zum Dank hob der Bundesrat per Notverordnung den Gesundheitsschutz für das Gesundheitspersonal auf.»

Katharina Prelicz-Huber: «Klatschen reicht nicht.»

Für die massive Belastung der letzten Wochen verlangt der VPOD eine spezielle Entschädigung, denn: «Klatschen genügt nicht.» Katharina Prelicz-Huber sieht viele der nun sichtbar gewordenen Probleme als eine Folge der forcierten Einführung von Wettbewerb: So war selbst in der Krise ein Teil des Spitalpersonals zeitweilig ohne Arbeit, und die Finanzierung geriet in Schieflage. Die Abgeltung im Gesundheitswesen muss daher grundsätzlich neu aufgestellt werden: Eingriffe sollen so entschädigt werden, dass öffentliche Spitäler ihre Grundversorgungsleistungen nicht mit hochspezialisierter Medizin – Knie-Arthroskopie u. dgl. – quersubventionieren müssen.

Auch im Sozialbereich gehört die Subjektfinanzierung auf den Prüfstand. Überhaupt ist in den letzten Monaten überdeutlich geworden, dass die marktkonforme Regelung und die Profitorientierung in Bereichen wie Pflege, Betreuung, ja in der ganzen Grundversorgung bestenfalls bei Schönwetter funktionieren. Deshalb möchte der VPOD nicht einfach zurück zur «Normalität» der Vor-Corona-Verhältnisse. In einer vom Landesvorstand verabschiedeten Stellungnahme wird festgehalten, «dass die Prioritäten unserer Gesellschaft in wichtigen Grundfragen falsch gesetzt sind» und dass es daher eine Wende zurück zum Gemeinwohl braucht.

Auch der VPOD sieht die Verhinderung von Entlassungen, die Überlebenshilfe an Institutionen und die Stärkung der Grundversorgung als vorrangig an, zum einen zwecks Milderung der anstehenden Rezession, aber auch im Hinblick auf eine allfällige zweite Welle und auf weitere Krisenszenarien. Denn: «Die nächste Bedrohung könnte auch aus einer ganz anderen Ecke kommen. Umweltkatastrophe? Komplettabsturz digitaler Infrastruktur (wovon die Swisscom-Pannen einen Vorgeschmack gaben)? Zerfall Europas? Weitere Rechtsextreme an Schalthebeln der Macht? Handelskrieg? Krieg? Ein starker, umverteilender und ausgleichender Sozialstaat mit soliden Institutionen, gelebten sozialpartnerschaftlichen und tripartiten Beziehungen und einem gutdotierten Service public ist zumindest einer der Schilde, die auch gegen künftige Katastrophen wappnen.» | *slt (Foto: Alexander Egger)*

Homeoffice: Die Lehren aus dem unvorbereiteten, gross angelegten Feldversuch

Raus aus dem Wilden Westen

Viele haben es sich als Wundermittel vorgestellt. In den Monaten des Lockdowns haben sich jetzt auch die Schattenseiten des Homeoffices gezeigt. Zwar gibt es Regeln – aber sie müssten auch angewandt werden.

| **Text:** *Luca Cirigliano, SGB-Zentralsekretär (Foto: jessicahyde/iStock)*

Im Home- oder Gardenoffice braucht es moderne Geräte. Wer bezahlt?

Man arbeitet zuhause, nebenbei kocht und putzt man und spielt mit den Kindern, der Arbeitsweg entfällt, und aus dem Pyjama muss man höchstens raus, wenn eine der lästigen Videokonferenzen ins Haus steht… Auch wenn viele Betroffene in der Corona-Krise das Homeoffice vorübergehend gut angenommen und viel Improvisationsgeist gezeigt haben – ganz so einfach ist es nicht. Nicht erst seit der medizinisch verordneten Verschanzung weiter Teile der Arbeitnehmenden im Homeoffice sind dessen Risiken und Nebenwirkungen bekannt.

Sie reichen von logistischen und technischen Schwierigkeiten (fehlender Platz, unbequemes Mobiliar, leistungsschwacher Computer mit zu kleinem Bildschirm, zu langsames Internet) hin zu sozialen Problemen (schreiende Kinder, Vermischung von Arbeit und Freizeit, soziale Vereinsamung). Homeoffice kann eine Belastung sein, insbesondere wenn es zum Dauerzustand wird. Das liegt auch daran, dass Arbeitgeber häufig ihre gesetzlichen Pflichten nicht wahrnehmen. Das Arbeitsgesetz (ArG) gilt auch im Homeoffice vollumfänglich – ob angeordnet oder auf Wunsch des Arbeitnehmers. Das heisst: Der Arbeitgeber ist von Gesetzes wegen verpflichtet, für eine ergonomische Ausrüstung und Einrichtung sowie für die Einhaltung des Schutzes gegen Burnout und Überarbeitung zu sorgen.

Nicht als Sparübung

Im Unterschied zum Kostenersatz für Arbeitsgeräte und Material ist der sogenannte Auslagenersatz (auch Spesenersatz genannt) nach Art. 327a OR zwingend vom Arbeitgeber geschuldet und kann nicht vertraglich wegbedungen werden. Arbeitnehmende haben also Anspruch darauf, dass der Arbeitgeber ihnen alle für die berufliche Tätigkeit notwendigen Kosten ersetzt. Dazu zählen Strom, Internet, Papier, Reparaturen usw. Ohne strikte Kostenbeteiligung könnte der Arbeitgeber Miete, Mobiliar und Infrastruktur auf dem Buckel der Angestellten einsparen.

Homeoffice als Dauerzustand braucht klare Regeln. Und solche gibt es: Das Arbeitsgesetz, das OR und das Datenschutzgesetz sind alle auch auf das Homeoffice anwendbar. Die Gerichte haben dazu eine Praxis entwickelt, was – zumindest theoretisch – für einen guten Schutz sorgt, vom ergonomischen Bürostuhl bis zum Recht auf Nichterreichbarkeit. Leider bleiben diese Regeln und die Rechtsprechung der Gerichte häufig toter Buchstabe. Denn Arbeitnehmende, die sich einzeln wehren, riskieren wegen dem notorisch ungenügenden Kündigungsschutz schlicht den Rausschmiss. Und die Arbeitsinspektorate sind häufig personell und finanziell unterdotiert.

Umso wichtiger ist die kollektive Logik: Das Homeoffice muss aus dem Wilden Westen in geregelte Bahnen gelenkt werden. Das ist aber nicht der Job der einzelnen Arbeitnehmenden. Vielmehr kommt hier die Rolle der Gewerkschaften als kollektive Fürsprecherinnen der Arbeitnehmerinteressen zum Tragen: Mittels GAV muss sichergestellt werden, dass alle gesetzlichen Bestimmungen im Homeoffice auch wirklich eingehalten werden.

Licht und Schatten am Küchentisch

Auch eine Umfrage im Auftrag der Syndicom zeigt Schattenseiten im Homeoffice. Es überwiegt aber die positive Bewertung: Die Arbeitszufriedenheit ist grösser, die Vereinbarkeit erleichtert, dem Klimaschutz Rechnung getragen.

Rund 90 Prozent der vom Forschungsinstitut GfS Bern Befragten sind der Meinung, dass Homeoffice als Ergänzung zur Arbeit im Betrieb zugelassen werden sollte. Ebenso viele finden – wenig überraschend –, dass Homeoffice einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz leistet und namentlich die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur vermeiden hilft. Einer Mehrheit gelingt es auch, die beim Arbeitsweg gesparte Zeit sinnvoll zu nutzen, sei es privat (78 Prozent) oder beruflich (68 Prozent). 61 Prozent sehen die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben gesteigert. Die Frage der Kinderbetreuung erfordert gemäss Syndicom allerdings weitere Untersuchung.

Auf der Negativseite beklagen 71 Prozent die fehlenden informellen Kontakte und 49 Prozent die mangelhafte Ergonomie am Küchen- oder Stubentisch. Vollumfängliches Homeoffice dürfte also weder im Interesse der Unternehmen noch in jenem der Beschäftigten sein, wohl aber «ein gesunder Mix, dessen Rahmenbedingungen sozialpartnerschaftlich vereinbart werden müssen». | *syndicom/slt*

Mit geballter Kraft

Coronabedingt manifestierte sich der 1. (bzw. der 29.) Jahrestag des Frauenstreiks zurückhaltend. Es gab dennoch beachtliche Demonstrationen, zum Beispiel in Genf (Bild). Und das mit Grund. Denn der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen hält sich hartnäckig, ebenso wie die schlechtere Bewertung jener Tätigkeiten, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden. Dabei hat sich gerade in der Krise erwiesen, wie wichtig diese Arbeit ist. Die Gewerkschaften bleiben dran: für faire Frauenlöhne, für höhere Altersrenten und für die solidarische Finanzierung der Betreuungsarbeit als Service public.

Auch die durch Polizeigewalt neu angefachte «Black lives matter»-Bewegung sorgte für grosse Kundgebungen etwa in Zürich und in Genf (Bild). Auch mit diesem Protest steht die Gewerkschaftsbewegung Seite an Seite. Es geht dabei nicht nur um Vorgänge in Amerika und in den einstigen Kolonialmächten, sondern auch um hiesige Ausgrenzung – vorzugsweise um die bösartigen Trennlinien zwischen «Eidgenossen», «Schweizern» und «Ausländern». | *vpod (Fotos: Eric Roset)*

Langsame Rückkehr: Bundesverwaltung Guisanplatz.

Langsames Wiedererwachen: Flughafen Zürich.

Klärungsbedarf in Zürichs Pflegezentren

Das Personal in der Langzeitpflege war in den letzten Monaten durch die Corona-Pandemie besonders gefordert. In der Stadt Zürich sind dabei Missstände zu Tage getreten. Dem VPOD gemeldet wurden etwa: unklare oder unverständliche Instruktionen, fehlender Schutz, Druck auf Erkrankte sowie Versuche, Kosten für Tests auf die einzelne Mitarbeiterin abzuwälzen. Diese Dinge müssen aufgearbeitet werden. Die VPOD-Forderungen: Schutzkonzept, Übernahme der Kosten für Corona-Tests, spezielle Entschädigung für die ausserordentliche Leistung während der Pandemie. | *vpod*

Bern: Umstrukturierung in der Heilpädagogik

Im Kanton Bern ist eine Umstrukturierung im Bereich der Sonderschulen im Gang: Für fünf Einrichtungen (u. a. das Schulheim Erlach, das Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee) heisst das: Verselbständigung und künftige Finanzierung mit Leistungsauftrag. Der VPOD hat das Personal im Juni zu einem ersten Treffen geladen. Der Zeitplan, wonach die neue Rechtsform ab 2022 gelten soll, ist zumindest ambitiös. Problematisch ist auch, dass die Institutionen alle in historischen Gebäuden tätig sind – wer übernimmt in welchem Umfang die Verantwortung dafür? | *vpod*

USZ: Skandale sind Mehrbelastung

Das Universitätsspital Zürich USZ kommt nicht zur Ruhe. Gleich drei Chefärzte sorgen für Schlagzeilen: Der Direktor der Gynäkologie liess sich für Operationen an Privatpatientinnen eintragen und bezahlen, obwohl er nicht vor Ort war. Der Direktor der Herzchirurgie schönte wissenschaftliche Publikationen und setzte nicht zugelassene Implantate ein, an denen er zugleich verdiente. Und der Direktor der Kieferchirurgie fingierte die Weiterbildung von Assistenzärztinnen und überwies sich Patienten in die eigene Praxis. Für den VPOD ist klar, dass die Strukturen des USZ auf den Prüfstand gehören. Die Skandale bei den Spitzenverdienern erschweren dem weniger fürstlich entlohnten Personal die Arbeit zusätzlich. | *vpod*

Bern: «Kita ist kein Kinderspiel»

Der VPOD Bern fordert unter dem Motto «Kita ist kein Kinderspiel» eine bessere Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch den Kanton sowie gute, durch GAV geregelte Arbeitsbedingungen. Zu letzteren gehören aus VPOD-Sicht: genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung, Eltern- und Teamarbeit sowie Dokumentation und ein besserer Betreuungsschlüssel samt Personalausstattung. Der Grosse Rat hat es in der Hand, der Branche im Gesetz über die sozialen Leistungsangebote entsprechende Vorgaben zu machen. | *slt*

Bundespersonal: Rückkehr aus dem Homeoffice

22 000 Bundesangestellte, die im Homeoffice arbeiten, sollen bis Ende August wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Dafür sollen mit der Umstellung von Möbeln und dem Einbau von Plexiglasscheiben die Voraussetzungen geschaffen werden. Der Bundesrat hat aber begriffen, dass es nicht weitergeht wie vor Corona: Aufgrund der Erfahrungen der Corona-Zeit soll ein Homeoffice-Konzept erarbeitet und im September mit den Personalverbänden diskutiert werden. Offene Fragen etwa: Soll es einen Anspruch auf Homeoffice geben? Soll Homeoffice vom Arbeitgeber angeordnet werden können? Wie und bis zu welchem Grad sollen Miet- und Infrastrukturkosten entschädigt werden? Sollen zwecks Entlastung des öffentlichen Verkehrs Präsenzzeiten verschoben werden? | *vpod (Foto: Anthony Anex/Keystone)*

Am Flughafen drohen Massenentlassungen

Zu den am härtesten von Corona betroffenen Branchen gehört der Luftverkehr. Auch wenn die Swiss-Flugzeuge allmählich ihr Ruhequartier in Dübendorf verlassen, ist mit einer raschen Entspannung an den Flughäfen von Basel, Genf und Zürich nicht zu rechnen. Selbst optimistische Szenarien gehen davon aus, dass auch im Frühling 2021 höchstens 80 Prozent des bisherigen Volumens erreicht sind, wie die *Sonntagszeitung* schreibt. Wenn die Kurzarbeit dann ausläuft, drohen Massenentlassungen etwa bei Swissport und Gategroup. Derzeit laufen bei diesen Firmen Verhandlungen über einen Sozialplan bzw. die Erneuerung desselben. Auch bei SR Technics, dem dritten grossen der Swissair-Nachfolgebetriebe, stehen die Zeichen auf Abbau. Entspannung brächte die Verlängerung der Maximaldauer für Kurzarbeit von heute 12 auf 18 Monate. | *slt (Foto: GordonBellPhotography/iStock)*

Das grosse Interview mit dem neuen Verdi-Vorsitzenden Frank Werneke

«Teilhabe der Arbeitenden durchsetzen»

Nach 18 Jahren ist die Ära Frank Bsirske bei der Gewerkschaft Verdi, der grossen deutschen Schwester des VPOD, 2019 zu Ende gegangen. Frank Werneke hat übernommen. Das *VPOD-Magazin* hat mit ihm in Berlin nach Parallelen zwischen Verdi und VPOD gefahndet. | Interview: *Christoph Schlatter (Fotos: Stephan Pramme und Kay Herschelmann/Verdi)*

WER BIST DU?

Frank Werneke, Chef der Vereinigten Dienstleistungs-gewerkschaft Verdi

***VPOD-Magazin:* Frank Werneke, du bist am letzten Verdi-Bundeskongress als Nachfolger von Frank Bsirske zum Chef unserer «grossen Schwester» gewählt worden. Wo kommst du her, was führt dich in dieses Amt?**

Frank Werneke: Meine Ursprungsgewerkschaft ist die Industriegewerkschaft Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst, eine der 5 Gründungsgewerkschaften von Verdi. Berufliche und betriebliche Erfahrungen stammen zunächst aus der Verpackungsmittelindustrie. Gross geworden bin ich in der Nähe von Bielefeld im schönen Ostwestfalen-Lippe. Das Gerücht, dass es die Stadt Bielefeld gar nicht gibt ▼, ist übrigens erst aufgekommen, als ich schon nicht mehr dort gelebt habe.

Schwein gehabt… Dass sämtliche Chefs von Verdi bisher mit Vornamen Frank hiessen oder heissen, könnte ebenfalls Grundlage zu einer Verschwörungstheorie sein…

Die Wahrscheinlichkeit, dass mein Nachfolger Frank heisst, ist eher gering.

Womöglich wird es eine Nachfolgerin.

Ausserdem war der Vorname Frank in Deutschland nur eine beschränkte Zeit lang populär. Seit 1993 bin ich hauptamtlicher Gewerkschafter. Die Zentrale der IG Medien war in Stuttgart. Deshalb kenne ich auch den Südwesten gut und war öfter in der Schweiz. 2001, bei der Verdi-Gründung, wurde ich in den Bundesvorstand gewählt, ein Jahr später zum stellvertretenden Vorsitzenden. Zuständig war ich für den Bereich Medien und Kunst. Und ich war Schatzmeister.

Finanzchef, würde man in der Schweiz sagen. In deiner Antrittsrede hast du auf frühe persönliche Erfahrungen hingewiesen, die dir gezeigt hätten, wie Solidarität die Arroganz der Mächtigen zu überwinden vermag. Erzähl!

Meinen ersten Streik habe ich noch als Auszubildender erlebt; es ging damals um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in der Branche, was in mehreren Anläufen schliesslich gelang. Ich habe auch mehrere Streiks in den 1990er Jahren in Ostdeutschland erlebt. Nach der Wende haben westdeutsche Verlagskonzerne die dortigen Zeitungen übernommen und sofort Tarifflucht begangen. Diese Auseinandersetzungen waren für mich als damals noch junger Mann absolut prägend.

Magst du ein Wort zu deinem Privatleben sagen? Gibt es überhaupt ein Privatleben?

▼ Die Bielefeld-Verschwörung

Die Behauptung, dass es die Stadt Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) gar nicht gibt, entstand in den 1990er Jahren. Möglicherweise hat Peter Bichsels Geschichte «Amerika gibt es nicht» bei der Entstehung dieser satirischen Verschwörung eine Rolle gespielt, die postuliert, die Existenz der Stadt werde nur vorgetäuscht, um etwas ganz anderes zu verbergen. Fotos aus Bielefeld seien in anderen Städten aufgenommen, Autos mit Kennzeichen BI seien nur zur Tarnung unterwegs. Wikipedia ordnet das Phänomen der Internet-Folklore zu. Es ist zugleich eine Parodie auf «echte» Verschwörungstheorien – also solche, die von denen, die sie verbreiten, ernst genommen werden (die Mondlandung habe nicht stattgefunden u. dgl.). | *slt (Foto: SPBer/Wikimedia CC)*

Corona: «Viele Arbeitgeber bleiben sperrig»

***VPOD-Magazin:* Wir haben das Interview noch vor der Corona-Krise in Berlin geführt. Es ist dann vorerst liegen geblieben, weil wir alle mit der Pandemie beschäftigt waren. Die aktuelle Krise erfordert einen Nachtrag. Wie stützt ihr die Beschäftigten an der Corona-Front, namentlich das Pflegepersonal?**

Frank Werneke: Wir haben grundsätzlich alle Beschäftigten in den Blick genommen. Zum einen ist der Beratungsbedarf immens gestiegen, etwa weil Arbeitgeber Kurzarbeit beantragt haben oder weil unklar war, wie Gesetzesänderungen und Verordnungen auszulegen oder welche Arbeitgeberanordnungen überhaupt statthaft sind. Dafür haben wir eigens eine zusätzliche Beratungs-Hotline eingerichtet. Auf der anderen Seite ist es uns gelungen, eine ganze Reihe von Tarifverträgen zur Aufstockung des gesetzlichen Kurzarbeitergeldes durchzusetzen, teilweise bis zu 100 Prozent. Im Bereich der Altenpflege haben wir um eine Prämie gekämpft – in diesem Jahr werden die Beschäftigten einen Bonus von 1500 Euro erhalten. Die politische Einflussnahme der Gewerkschaften hat gut funktioniert. In anderen Branchen haben sich die Arbeitgeber vehement gesperrt. Da gibt es Nachholbedarf.

Applaus von den Balkonen ist schön. Gelingt es uns auch, etwas von der grossen Sympathie für die «Systemrelevanten» – auch das Personal im Einzelhandel fällt ja in euer Gebiet – in die Ära nach Corona hinüberzuretten? Wie?

Aus Dankbarkeit passiert nichts. Wir werden jetzt natürlich die Gelegenheit nutzen, beispielsweise die Arbeitsbedingungen in der Altenpflege zu skandalisieren und darauf zu drängen, den entsprechenden Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären. Auch die Nachteile der Krankenhausfinanzierung wurden durch die Krise offengelegt. Die Bereitschaft, das zu ändern, scheint in der Politik zu wachsen – das wollen wir nutzen. Allerdings sind viele Arbeitgeber sperrig wie eh und je. Die Bereitschaft, auf die Beschäftigten und die Gewerkschaften zuzugehen, bleibt in vielen Fällen denkbar gering. Da werden wir – wie immer – kämpfen müssen.

An anderen Orten gibt es nicht zu viel, sondern gar keine Arbeit mehr. Beispiel Luftverkehr. Was tun?

Verkehr, Luftverkehr und Tourismus sind traditionelle Verdi-Branchen. Die Lufthansa gehört zu unserem Organisationsgebiet. Gerade erst hat die Bundesregierung Staatshilfen zur Rettung des Konzerns beschlossen. Nun wird es darum gehen, die Interessen der Beschäftigten am Erhalt sicherer und nachhaltiger Arbeitsplätze dauerhaft durchzusetzen. Dieser Prozess, wie auch das gesamte Hochfahren der Tourismus-Industrie, hat gerade erst begonnen. Zurzeit lässt sich noch nicht absehen, wie die weitere Entwicklung verlaufen wird. Die Politik muss in jedem Fall die Branchen im Blick behalten und gegebenenfalls nachsteuern.

Soll man eigentlich Wirtschaftshilfen zur Krisenüberwindung mit ökologischen Bedingungen verbinden? Kann Corona so die Welt etwas nachhaltiger machen? Oder sind das zweierlei Paar Schuhe?

In Deutschland ist Anfang Juni ein Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht worden, das zumindest in einigen Aspekten diesen Gedanken aufnimmt. Wir als Verdi haben selbst ein Konjunkturprogramm formuliert, das stärkere Akzente für einen sozial-ökologischen Umbau im Zuge der Krisenbewältigung vorsieht. Beispielsweise machen wir uns für eine Mobilitätsprämie stark, die insbesondere öffentliche Verkehrsträger in den Blick nimmt. Dahinter steht unser Wunsch nach einer dauerhaften Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs mit den entsprechenden positiven Folgen für den Klimaschutz. Dazu kooperieren wir auch mit Bündnispartnern wie Fridays for Future. Krisenbewältigung und sozial-ökologischer Umbau sollten aus unserer Sicht zusammen gedacht und abgewogen, nicht aber dogmatisch verordnet werden. Es gilt, Chancen wahrzunehmen.

Unsere *Neue Zürcher Zeitung* – von einigen als «neues Westfernsehen bezeichnet» – warnt schon vor «Seuchen-Sozialismus». Weil die Steuereinnahmen einbrechen werden, droht die Rechte Sozialabbau an. Was entgegnest du?

Dieses Szenario der *NZZ* beschreibt wohl einen anderen Planeten und ist nur als Vorwärtsverteidigung privilegierter Schichten zu verstehen. Leider. Tatsächlich sind vor allem die abhängig Beschäftigten und Soloselbständigen die Leidtragenden dieser Krise – wie immer: Sie beziehen beispielsweise Kurzarbeitsgeld, verlieren sogar ihren Arbeitsplatz oder erhalten keine Aufträge mehr, sie müssen mehr arbeiten und haben weniger Pausen, weil sie «systemrelevante» Tätigkeiten verrichten. Das, was jetzt an Unterstützung gewährt wird, ist das Mindestmass in einem Sozialstaat. | *slt (Foto: slt)*

Botschaft von Verdi am Berliner Schiffbauerdamm.

Frank I. und Frank II.: Der langjährige Verdi-Chef Bsirske übergibt an seinen Nachfolger Werneke.

Natürlich gibt es ein Privatleben. Ansonsten könnte der Mensch ja nicht sinnvoll existieren. Der Verdi-Vorsitz ist selbstverständlich sehr arbeitsintensiv. Aber mein vorheriges Amt als stellvertretender Verdi-Vorsitzender war ja auch sehr zeitintensiv. Ich habe gelernt, mich so zu organisieren, dass Freiräume bleiben.

Dass du mit einem Mann zusammenlebst, war nie ein Problem in deiner gewerkschaftlichen Laufbahn?

Nein. Nie.

WIE STEHT VERDI DA?

Verdi ist als grösste deutsche Gewerkschaft von der IG Metall abgelöst worden. Die Mitgliederentwicklung ist negativ. Was habt ihr für Strategien, den Trend umzudrehen? Auch wir beim VPOD stellen uns ja Fragen wie: Wie bringen wir Leute in die Gewerkschaft? Und wie bringen wir sie dazu, hier auch zu bleiben?

Um mal mit einer positiven Feststellung anzufangen: In den letzten Jahren sind unsere Eintritte stetig gestiegen. 2018 und 2019 haben wir jährlich jeweils mehr als 120 000 neue Kolleginnen und Kollegen bei uns begrüsst. Für eine positive Entwicklung reicht das noch nicht ganz aus, weil gleichzeitig starke Jahrgänge in Rente gehen. Sehr viele sind durch die grossen Kämpfe und Mobilisierungen in Westdeutschland in den 1970er und den frühen 1980er Jahren in die Gewerkschaft gekommen; diese Generation steht jetzt vielfach am Ende ihres Erwerbslebens. Mit unterschiedlichen Konzepten versuchen wir unter anderem, die Mitglieder auch beim Übergang in den Ruhestand und danach bei uns zu halten.

Ohne die Jungen ist Gewerkschaft aber nicht zu machen!

Klar! Das gesellschaftliche Klima ist uns Gewerkschaften wieder deutlich zugewandter als noch vor 15, 20 Jahren. Die Resonanz- und Imagewerte für Verdi sind sehr gut. Die Herausforderung besteht darin, die Menschen dahin zu bringen, dass sie uns nicht nur gut finden, sondern auch bereit sind, Beitrag zu zahlen und Mitglied zu werden. Insbesondere bei jüngeren Leuten ist das Konzept einer auf Dauer angelegten Bindung an eine Organisation wenig verwurzelt. Damit diejenigen, die zu uns kommen, auch bei uns bleiben, stellen wir vielfältige Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle bereit. Und wir müssen immer wieder argumentieren, warum eine Mitgliedschaft notwendig und sinnvoll ist, auch dann, wenn ein Arbeitskampf vorüber – und im besten Fall gewonnen – ist. Was bietet mir die Gewerkschaft denn jetzt noch? Was passiert mit meinem Beitrag? Auf diese Fragen müssen wir Antworten haben, aufzeigen, was wir tun, woran wir arbeiten, wo es vorwärts geht und wo und warum es auch einmal hakt. Wichtig ist, dass wir bei dieser Ansprache jene Mitglieder nicht vergessen, die nicht in grosse Strukturen eingebunden sind, sondern in kleineren Betrieben «die einzigen ihrer Art» sind. Unsere Kommunikation muss auch zur Verkäuferin im kleinen Laden auf dem Lande dringen. Auch sie muss sich zugehörig fühlen.

Hat die verstärkte Volatilität, die wir in der Schweiz ebenso erleben, nicht auch mit den weniger konstanten Berufsbiografien

◆ West-Ost-Gefälle

Auch im 30. Jahr des wiedervereinigten Deutschlands gibt es zwischen Ost und West Unterschiede in Löhnen, Arbeitszeiten und Renten. In den neuen Bundesländern wird länger gearbeitet und weniger verdient. Die Zahl der durchschnittlichen Jahresarbeitsstunden betrug 2018 in Westdeutschland 1295, in Ostdeutschland (mit Berlin) 1351. Am längsten gearbeitet wird in Sachsen-Anhalt und Thüringen, am kürzesten im Saarland und Rheinland-Pfalz. Auch die durchschnittlichen Bruttolöhne klaffen weit auseinander, zwischen 41 785 in Hamburg und 28 520 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch Tarifverträge weisen unterschiedliche Arbeitszeiten nach Tarifgebiet auf; selbst innerhalb Berlins. So gilt im Detailhandel Ostberlins die 38-, in jenem Westberlins die 37-Stunden-Woche. | *slt (Foto: Roland Arhelger/Wikimedia CC)*

zu tun? Man ist ja heute nicht mehr 45 Jahre im gleichen Beruf beim gleichen Arbeitgeber. Und frau noch viel weniger.

Ich sehe das eher branchenabhängig. Eine sehr starke Fluktuation gibt es zum Beispiel bei den Bodendiensten an den Flughäfen. Da haben wir einen durchaus hohen Mitgliederstand, aber alle paar Jahre wechselt sich die Belegschaft einmal komplett aus. ▶ Das ist im öffentlichen Dienst natürlich anders. Aber auch im Gesundheits- oder im Erziehungsbereich zum Beispiel ist der Wechsel beträchtlich.

Wie der VPOD seid ihr eine Mehrbranchengewerkschaft mit Matrixstruktur, steht im Wettbewerb mit fachlich engagierten Berufsverbänden…

Richtig. Zumindest im öffentlichen Sektor gibt es Einsparten-Berufsverbände, die sich zumindest selbst als Gewerkschaften bezeichnen und Tarifverträge abschliessen. Das ist aber keine neue Erfahrung; schon unsere Gründungsgewerkschaften waren mit dieser Konstellation konfrontiert. Und auch sie wussten bereits, wie sich unterschiedliche Branchen und unterschiedliche berufliche Identitäten in einer Gewerkschaft zusammenführen lassen. Das geht nur, wenn man Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung ansieht.

Es ist aber doch denkbar, dass sich der gewöhnliche Feuerwehrmann nicht zwingend für die feinsten Verästelungen der Debatte über gendergerechte Sprache interessiert.

Trotzdem gibt es ein gemeinsames politisches Ziel. Das unterscheidet uns fundamental von den Berufsverbänden, die im Kern unpolitisch sind. Das heisst nicht, dass wir zu berufsfachlichen Fragen nichts zu sagen haben. Ganz im Gegenteil. Unsere Matrixstruktur verschafft auch dem Branchenaspekt Bedeutung. Aber uns eint die tarifpolitische Klammer. Und für jene Hälfte der Mitgliedschaft, die im öffentlichen Sektor tätig ist, sind auch der Arbeitgeber Staat und die Zugehörigkeit zur öffentlichen Daseinsvorsorge wichtige Gemeinsamkeiten.

Während wir im VPOD manchmal mit unterschiedlichen Mentalitäten je nach Sprachregion kämpfen, dürfte für euch die auch in Wahlen (wieder) sehr sichtbare Kluft zwischen Ost und West eine Herausforderung sein. Bricht Deutschland gerade vor unseren Augen auseinander?

Ich sehe keine Spaltung des Landes. Aber es gibt Unterschiede zwischen Ost und West, immer noch. Leider auch bei den Arbeitsbedingungen. So ist es im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst ein grosses Ärgernis, dass auch 30 Jahre nach dem Mauerfall in den östlichen Bundesländern eine Stunde mehr gearbeitet werden muss als im Westen. In anderen Branchen beträgt der Unterschied bis zu 3 Stunden. ◆ Diese Ungerechtigkeit wollen wir in der diesjährigen Tarifrunde endgültig abschaffen. Im Osten unterliegen 49 Prozent, in der Privatwirtschaft nur etwa 20 Prozent der Arbeitsplätze überhaupt einer Tarifbindung. Solche Unterschiede bilden ohne Zweifel einen Nährboden für Unzufriedenheit. Deutschland ist, wie die Schweiz, ein föderalistischer Staat. Das spiegelt sich auch in seinen Gewerkschaften.

Liegt nicht eine der grossen Ost-West-Differenzen bei den weiblichen Berufslaufbahnen? Indem die «Ostfrau» als solche immer noch zu einer Vollzeiterwerbstätigkeit tendiert, wie sie in der DDR üblich war? Während die «Westfrau» mit kleineren Kindern ein 40-, 50- oder 60-Prozent-Pensum absolviert?

Das kann man so pauschal nicht formulieren. Beim Anteil von selbstgewählter Teilzeit etwa im Pflegebereich gibt es kaum mehr Unterschiede zwischen Ost und West. Bei anderen stark teilzeitgeprägten Branchen, etwa im Einzelhandel, sind es die Arbeitgeber, ob in West oder in Ost, die Teilzeitjobs favorisieren. Fakt ist aber, dass die Abdeckung mit Kitas noch nicht flächendeckend ist. Es gibt immer noch ländliche Regionen, in denen deshalb die Vereinbarkeit mit einem Vollzeitjob kaum zu realisieren ist.

▶ Knochenjobs am Flughafen

Harte, schlecht bezahlte Jobs mit hoher Fluktuation: Diese Feststellung gilt für die Bodendienste in der Schweiz genauso wie für diejenigen in Deutschland. Sowohl Verdi als auch VPOD haben in dieser Domäne einen recht hohen Organisationsgrad, der aber schwer zu halten ist. Wegen der Konkurrenz mehrerer Anbieter an einem Ort und fehlender übergreifender Regelung kommen Menschen in diesen Jobs nur schwer aus der Prekaritätsfalle heraus. Auch die Arbeitgeberseite ist zerstritten, das Tarifgefüge zerklüftet, was die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen erschwert. Verdi strebt aber weiterhin einen flächendeckenden Vertrag an. | *slt (Foto: kontrast-fotodesign/iStock)*

WAS LÄUFT IN DEN BRANCHEN?

Was ihr Tarifvertrag nennt, heisst bei uns Gesamtarbeitsvertrag – und ist weniger verbreitet als in Deutschland. Ihr beklagt zwar ebenfalls den Rückgang der Tarifbindung, geht aber noch von einem zusammenhängenden Teppich mit allfälligen Löchern aus.

Über die gesamte deutsche Wirtschaft gesehen, geht die Tarifbindung tatsächlich zurück. Im Organisationsbereich von Verdi sind unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Wir haben im öffentlichen Sektor noch immer eine stabile Situation, eine nahezu flächendeckende Abdeckung mit nur geringfügigen Ausnahmen. Ein riesiges Problem gibt es dagegen in der Altenpflege. Dort versuchen wir daher, einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag durchzusetzen.

Ich frage mich ja immer, wie man im Bereich der Betagtenbetreuung überhaupt Profit erwirtschaften kann. Ich sehe nur zwei Möglichkeiten: Entweder zockt man alte Reiche ab. Oder man legt eine Leitung ans System öffentlicher Geldflüsse, um dort etwas abzuzweigen.

In Deutschland kommt für Altenpflege die Pflegeversicherung auf, in die vorher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite paritätisch einbezahlt haben. Ein stationärer Aufenthalt in einer Einrichtung ist damit allerdings nicht abgedeckt. Reicht ergänzend auch das eigene Einkommen nicht, deckt das Sozialamt die Differenz. Für die Anbieter aber, egal ob staatlich, kirchlich oder privat, gibt es erst einmal einen Mittelzufluss. Und wenn die Arbeitsbedingungen und Löhne unterdurchschnittlich sind, bleibt Geld übrig, das die privaten Konzerne in ihre Tasche stecken. Dieses Modell rentiert sich. Es gibt inzwischen Pflegekonzerne – auch Arztpraxen übrigens –, die von Hedgefonds gesteuert werden.

Im Akutgesundheitswesen sind es bei uns die Tendenz zu Auslagerung und Privatisierung einerseits, das fallkostenbezogene Abrechnungssystem andererseits, die uns das Leben schwer machen. Beide «Ideen» haben wir aus Deutschland importiert…

Bei den Kliniken sehe ich – toi toi toi – den Trend zur Privatisierung einstweilen gestoppt. Es gelingt zunehmend, wie jüngst in Hamburg, Privatisierung per Volksabstimmung zu verhindern. Wir sind dort und an anderen Orten wieder auf dem Weg zu mehr Gemeinwohl und zu einer Verstärkung der öffentlichen Trägerschaft. Das aktuelle Hauptproblem im Gesundheitswesen ist allerdings der Personalmangel…

…an dem wir – also die Schweiz – nicht ganz unschuldig sind, weil wir die ausgebildeten deutschen Fachkräfte in unser Land locken.

Das ist ein Element. Ein weiteres: Die Belastung für die Beschäftigten ist, gerade in der Pflege, aber auch in vielen weiteren Versorgungsbereichen, sehr hoch. Individuell wählen dann viele den Ausweg des reduzierten Arbeitsverhältnisses, was den Personalmangel wiederum vergrössert. Verdi führt daher derzeit zahlreiche Arbeitskämpfe für eine bessere Personalausstattung, gerade auch an den Universitätskliniken. In Jena haben wir jüngst damit Erfolg gehabt: Wir haben einen Entlastungstarifvertrag abgeschlossen, demzufolge zwingend mehr Personal eingestellt werden muss. ✦

Man landet bei solchen Debatten letztlich immer wieder beim Geld. Zu welchen Ausgaben ist die öffentliche Trägerschaft bereit?

Auch in diesem Punkt gibt es schöne Fortschritte. In der Koalitionsvereinbarung der aktuellen Koalition von Union und SPD ist festgehalten, dass alle Tarifsteigerungen, die wir im Bereich der Pflege erkämpfen, refinanziert werden müssen. Lange herrschte ja die Praxis, dass wir zwar bessere Bedingungen durchgesetzt haben, was aber, weil die öffentliche Hand ihre Finanzierung nicht anhob, einfach zu Personalabbau führte. Dieses Übel haben wir politisch durchbrochen.

✦ Jena als Vorbild für Entlastung

Das Wort mag etwas sperrig sein: Entlastungstarifvertrag. Verdi hat einen solchen mit dem Universitätsklinikum Jena (UKJ) abgeschlossen mit dem Ziel, Belastungssituationen für die Beschäftigten zu identifizieren, zu vermeiden oder – falls das nicht möglich ist – wenigstens abzugelten. (Für die Ärzteschaft und für wissenschaftliche Mitarbeitende gilt der Vertrag nicht.) Der Kern: feste Personalschlüssel für jede Station sowie ein Belastungsausgleich, «wenn es mal nicht so läuft wie geplant». So wird etwa auch das berüchtigte «Einspringen aus dem Frei» belohnt. Insgesamt ist dafür gemäss Aussage des Thüringischen Wissenschaftsministers Wolfgang Tiefensee (SPD) zusätzliches Geld in zweistelliger Millionenhöhe notwendig, die einzuschiessen das Land bereit sei. Tiefensee nennt das UKJ «einen der besten Arbeitgeber im Gesundheitsbereich». | *slt (Foto: Anna Schroll/ Wikimedia CC)*

GENDER, KLIMA, DIGITALISIERUNG

«Me Too», Gender Pay Gap, der grosse Frauenstreik in der Schweiz – trotzdem ist bei Verdi wieder ein Mann an der Spitze – an der Spitze einer mehrheitlich weiblichen Gewerkschaft. Hat deine Wahl nicht zu Kritik aus feministischer Warte geführt?

Es hat logischerweise Diskussionen auch über diesen Aspekt gegeben. Aus meinem Wahlergebnis von 92,7 Prozent kann ich jedoch ableiten, dass beim Bundeskongress auch die eine oder andere Frau für mich gestimmt hat. Ausserdem sind von den 9 Mitgliedern des Verdi-Bundesvorstandes 6 weiblich, darunter meine beiden Stellvertreterinnen.

Das war beim Schweizer SGB-Präsidium anders. Trotzdem ist es natürlich müssig, mit gewählten Männern darüber zu diskutieren, warum sie keine Frauen sind… Viel eher gälte es, die Inhalte anzuschauen.

Und da haben wir in Deutschland – ähnlich wie in der Schweiz – eine beharrliche Lücke zwischen Männer- und Frauenlöhnen. Und zwar nicht innerhalb der Tarifverträge, sondern dadurch, dass Frauen sehr viel häufiger als Männer in prekären Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen sind. In den sogenannten Minijobs – Stellen mit geringer Stundenzahl und mit nur minimaler Sozialversicherungspflicht – sind Frauen bei Weitem in der Überzahl. Auch erzwungene Teilzeit wird überwiegend von Frauen geleis-

Aussicht auf Spree und Fernsehturm: Frank Werneke in der Verdi-Zentrale in Berlin.

tet, zum Beispiel im bereits erwähnten Einzelhandel. Alleinerziehende sind ebenfalls in ihrer grossen Mehrheit Frauen: Sie haben nur begrenzte Möglichkeiten, überhaupt auf eine ausreichende Stundenzahl zu kommen. Das sind die tieferen Ursachen dafür, dass wir nach wie vor eine eklatante Lohnungerechtigkeit haben.

Und wie wollt ihr das wegkriegen?

Einiges können wir selber machen, anderes ist nur auf der politischen Ebene durchsetzbar. Wir sind beispielsweise der Ansicht, dass die Minijobs – ein Übel noch aus der Agenda-2010-Zeit – schlicht und einfach abgeschafft gehören. Nicht zuletzt, weil sie auch zu Altersarmut führen, von der ebenfalls mehrheitlich Frauen betroffen sind.

Lass uns noch ein paar Takte über Digitalisierung sprechen …

… was natürlich Stoff genug für ein eigenes Interview hergäbe. Das Thema beschäftigt uns naturgemäss stark: Es besteht in Deutschland beispielsweise eine Digitalisierungsstrategie für die öffentliche Verwaltung: 450 öffentliche Dienstleistungen, vom Bezug von Pass oder Autokennzeichen bis zur Rentenanmeldung, sollen künftig am digitalen Schalter erfolgen. Da wird man an einzelnen Orten weniger Leute brauchen. Andernorts im öffentlichen Bereich ist der Personalmangel unverändert hoch, so in den Gesundheits- und Erziehungsberufen, die vom digitalen Wandel bislang weniger erfasst werden. Auch Ingenieurinnen und Ingenieure werden etwa auf den Bauämtern händeringend gesucht. Das heisst: Es kommt nicht zwingend zu einem Beschäftigungsverlust, wohl aber entsteht ein erheblicher Qualifizierungsbedarf. Da werden wir Programme brauchen, um Menschen in Beschäftigung zu halten, indem man sie für neue Erfordernisse qualifiziert. Wir werden in einzelnen Bereichen auch über Arbeitszeitverkürzung nachdenken müssen, damit es nicht zu Stellenabbau kommt. Ende Februar haben wir Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Inneres über einen Digitalisierungstarifvertrag begonnen. Gelingt ein Abschluss, wären damit die Beschäftigten in den Ministerien und in den nachgelagerten Bundesbehörden vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt. Es soll geregelt werden, in welcher Weise EDV-Systeme eingeführt werden, wie die Beschäftigten geschult, qualifiziert und weitergebildet werden. ★ In anderen Branchen werden weitere Felder virulent. Das Thema Homeoffice beispielsweise, wo Fragen der Freiwilligkeit und der Erreichbarkeit zu regeln sind.

Bei Debatten über Digitalisierung entstehen gewöhnlich zwei Fraktionen: Die eine schürt Panik, die andere findet: «Alles halb so wild.» Welcher fühlst du dich eher zugehörig?

Transformation ist ja nichts Neues. Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen findet laufend statt. Nimm als Beispiel die Deindustrialisierung, den Umbau zur Dienstleistungsgesellschaft. Auch der Ausstieg aus Kohle und Stahl findet schon länger statt. Eine neue Qualität, das ist allerdings einzuräumen, bringt das hohe Tempo, mit der die Umformung stattfindet. Und neu ist auch, dass nicht wie in früheren Transformationsprozessen eher die niedrig qualifizierten Arbeitsplätze in Gefahr

sind: Heute trifft es durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz auch höher Qualifizierte, beispielsweise in der Versicherungs- und Sozialversicherungswirtschaft. Trotzdem darf man einige der im Umlauf befindlichen Phantasien gelassen sehen. Dass die Busse im Berliner Stadtverkehr in absehbarer Zeit ohne menschliche Besatzung unterwegs sein werden, sehe ich nicht.

Dann eher die führerlose U-Bahn.

Eher. Aber auch die Berliner U-Bahn wird kaum so schnell ohne Personal auf die Strecke geschickt werden. Dabei ist sekundär, ob das Personal lenkt, beschleunigt und bremst. Oder ob es dafür sorgt, dass kein Chaos entsteht und dass sich die Menschen sicher fühlen.

Bei den grossen Zukunftsthemen darf – drittens und letztens – der Klimaschutz nicht fehlen. Ganz kurz: Was kann, was muss die Gewerkschaft tun, damit wir aus dem fossilen Zeitalter rauskommen.

Die Klimaziele stehen fest. Verdi steht dazu und fordert Konzepte zu ihrer Umsetzung. Bis 2050 muss CO_2-Neutralität erreicht sein. Den Ausstieg aus der Energieerzeugung durch Stein- und Braunkohle müssen wir bis 2038 sozialverträglich hinbekommen. ■ Für andere Bereiche, namentlich den Verkehr, stehen noch erhebliche Schritte und Entscheidungen bevor. Den Gewerkschaften kommt dabei die Rolle zu, dafür zu sorgen, dass diese Veränderungen, soweit sie die Arbeitswelt betreffen, sozial gerecht vonstattengehen. Konkret: dass die Kolleginnen und Kollegen aus den Kohlekraftwerken nicht ins Bergfreie fallen, wie man im Bergbau sagt, sondern eine annehmbare berufliche Zukunft haben. Darüber hinaus wird es auch Frühverrentungsmodelle brauchen. Das haben wir durch die Mitarbeit in einer Regierungskommission bereits teilweise durchgesetzt. Allerdings muss das Kohleausstiegsgesetz noch nachgebessert werden.

«Sozial gerecht» ist leicht gesagt. Aber Arbeitnehmende sind auch Konsumierende. Und dort lauern Tücken.

Wenn der CO_2-Ausstoss verteuert wird, darf es nicht sein, dass die Reichen ihren klimafeindlichen Lebensstil einfach fortsetzen können und nur die Ärmeren eingeschränkt werden. Nicht alles ist über die Bepreisung zu machen. Da sehe ich im linksgrünen Spektrum noch Reflexionsbedarf: Es wird oft viel zu stark auf die Wirkung der Verteuerung und Besteuerung gesetzt. Wohlhabende können diese Lasten problemlos tragen. Wir wollen aber nicht, dass die mittleren Einkommen sich ihre Urlaubsreise nicht mehr leisten können, während die Reichen weiterhin durch die Weltgeschichte jetten. Also wird es auch Regeln und Verbote brauchen.

Aber ist das nicht gerade für uns als Gewerkschaften eine besondere Herausforderung? Die gewerkschaftliche DNA besteht doch im ständigen «Mehr». Unser Bestreben ist, dass die Produktivitätssteigerung auch bei der arbeitenden Bevölkerung ankommt. Ist dieses Modell mit der Klimakrise nicht am Ende?

Warum denn? Klar: Die Bedeutung von individuellen materiellen Besitztümern wird wohl abnehmen. Das grosse Auto oder die Flugmeilen eignen sich nicht mehr als Statusanzeige. Aber nach wie vor werden die arbeitenden Menschen an der Produktivitätsentwicklung, an der Zunahme von gesellschaftlichem Reichtum teilhaben wollen. Und das wird nur geschehen, wenn wir Gewerkschaften diese Teilhabe auch durchsetzen. Was die Menschen dann machen mit diesem «Mehr», das müssen sie schon selbst entscheiden. Mit anderen Worten: Ich bin keiner von denen, die zum Konsumverzicht auffordern und in diesem Zusammenhang finden, am besten wäre dem Klima geholfen, wenn auch die Löhne eingefroren würden. Ich sage das nicht aus organisationstaktischen Überlegungen, sondern aus tiefer innerer Überzeugung: Nicht alles, was Wohlbefinden und Wohlstand ausmacht, ist klimaschädlich. Zum Glück.

■ Adieu Kohle

Die Abwendung von den fossilen Energien stellt für Deutschland eine spezielle Herausforderung dar, weil das Land, seine Siedlungsstruktur und seine Mentalitäten stark von 150 Jahren Kohle und von 100 Jahren Benzinauto geprägt sind. Für das erste Quartal 2020 meldete das statistische Bundesamt zwar erstmals, dass mehr Strom durch erneuerbare Energien erzeugt wurde als durch konventionelle. Die Braunkohle hat bei der Stromgewinnung aber immer noch einen Anteil von einem Viertel. Wenn man die Angestellten in den Kohlekraftwerken mitzählt, leben rund 20 000 Beschäftigte direkt von der Braunkohle (die Gewinnung von Steinkohle ist seit anderthalb Jahren Geschichte). Die soziale Problematik des Ausstiegs erwächst aus der Tatsache, dass es sich bei den deutschen Kohleregionen (Lausitzer, mitteldeutsches und rheinisches Revier) um überwiegend strukturschwache Gebiete handelt. | *slt (Foto: Lukassek/iStock)*

★ Digitalisierung per Vertrag regeln

Von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gab es Ende 2019 das grundsätzliche Einverständnis, sich auf Verhandlungen zu einem Digitalisierungstarifvertrag einzulassen. Erste Verhandlungen fanden statt, dann kam Corona. Bereits geeinigt hat man sich auf das gemeinsame Ziel, die «Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten zu gestalten». Als zentrale Gestaltungsfelder wurden Qualifizierung, Beschäftigungssicherung und Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten festgelegt. Verdi möchte einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung verankern, zudem Regelungen, die den Zugang zu neuen Arbeitsformen ermöglichen und gestalten. Auch über Arbeits- und Gesundheitsschutz, Persönlichkeitsrechte sowie Datenschutz soll verhandelt werden. | *slt (Foto: pxel66/iStock)*

Vor 75 Jahren rutschte die Schweiz aus der Kriegs- in die Nachkriegszeit

Das Unbehagen mit dem Kriegsende

Ein Krisen- und Vollmachtenregime, das sich noch länger hinzieht; die Hoffnung auf ein besseres «Danach» – es gibt Parallelen zwischen dem Kriegsende 1945 und Corona heute. Der Historiker erörtert, warum die Schweiz immer lieber den Kriegsausbruch als die Waffenruhe feierte. | Text: *Bernard Degen (Fotos: Walter Scheiwiller und Theo Frey/Keystone)*

In der Schweiz bereitete der Umgang mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges schon immer Mühe. Wesentlich entspannter ging man mit der Entfesselung des Krieges und der damit verbundenen Mobilmachung um, wie am deutlichsten die vom Eidgenössischen Militärdepartement organisierten Feierlichkeiten von 1989 illustrieren. Der Zweite Weltkrieg blieb in der Schweiz in guter Erinnerung. Noch und noch wurde der Verdienste der sogenannten Aktivdienstgeneration gedacht. Dies vereinfachte der Umstand, dass das Land von Kampfhandlungen weitgehend verschont blieb und zerstörte Städte sowie Kriegsinvalide und -tote das Leben kaum prägten.

Verklärung der Kriegsjahre

Gewiss belasteten Ängste, Versorgungsengpässe und die durchschnittlich etwas über zwei Jahre dauernde Dienstzeit die Wehrpflichtigen und ihre Familien. Der wirtschaftliche Rückschlag hielt sich aber in Grenzen, und verglichen mit den umliegenden Ländern ging die Schweiz gestärkt aus dem Krieg hervor. Die in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre allgegenwärtige Arbeitslosigkeit war in den Kriegsjahren weitgehend verschwunden, die Spannungen zwischen Kapital und Arbeit hielten sich lange in engen Grenzen, und auch der politische Schlagabtausch verlor an Intensität. In der Erinnerung verklärte sich die Kriegszeit zu einer zwar schweren, aber alles in allem positiven Periode. Deshalb organisierten Armeekreise zu Jubiläen der Mobilmachung nicht nur 1989 die grossen Diamant-Feiern, sondern auch vorher und nachher entsprechende Anlässe, zuletzt 2009 mit Beteiligung von Bundesrat Ueli Maurer.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Zürich …

Dagegen bot das Kriegsende im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten in der Schweiz kaum Anlass zu Feierlichkeiten. Zwar gab es am 7. und 8. Mai 1945 vor allem entlang der Grenzen zu Frankreich spontane Feste. Auch läuteten im ganzen Lande die Kirchenglocken. Die Verlautbarungen der Behörden blieben aber zurückhaltend bis fragwürdig. Wegen der engen Bindung an das Nazi-Reich, der hartherzigen Flüchtlingspolitik und auch wegen Schikanen gegen aus welchen Gründen auch immer hier gestrandete alliierte Soldaten stand die Schweiz im Zwielicht. Noch lange wurde namentlich in den USA darauf hingewiesen, dass sie sich nicht an der Beseitigung des Nazi-Regimes beteiligt hatte. Die humanitäre Hilfe vermochte das Bild kurzfristig nur wenig aufzuhellen.

«Göttliche Fügung»

General Henri Guisan schrieb in seinem Tagesbefehl zur Kapitulation der Wehrmacht die Verschonung einer «wunderbaren göttlichen Fügung» zu. Bundespräsident Eduard von Steiger spendete in seiner Radioansprache den grössten Dank ebenfalls «einem Höheren als menschlichem Wollen und Können». Neben der Armee schloss er

die Schweizerinnen und Schweizer, die in Pflichterfüllung in Kriegswirtschaft, Mehranbau und geistiger Disziplin das Durchhalten ermöglicht hatten, in seine Danksagung ein. Davon ausgeschlossen blieben aber die Truppen der Alliierten, die dem Nazi-Regime den Garaus gemacht hatten. Die Kapitulation der Nazi-Wehrmacht und der Sieg der Alliierten war von Anfang an kein positiv besetztes Thema.

Wirtschaftlich gesehen erlitt die Schweiz 1945 infolge der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zwar einen kleinen Einbruch. Danach nahm aber das Bruttoinlandprodukt bis 1948 um rund ein Viertel zu. Dank unversehrter Produktionsanlagen konnte man das zerstörte Europa mit Gütern zum Wiederaufbau beliefern und so gleichzeitig auf den Märkten eine starke Stellung erlangen. Allerdings befürchteten viele analog zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg einen baldigen Einbruch. Den infolge Arbeitskräftemangels hereingeholten Ausländern wurde klar gemacht, dass sie bei Arbeitslosigkeit wieder auszureisen hätten. Das Wachstum erwies sich dann aber bis in die 1970er Jahre als weitgehend stabil.

…und (mit britischen Fähnchen am Kinderwagen) in Lausanne.

Aufrüstung in den 1950ern

Die zahlreichen Kompromisse mit dem Nazi-Reich und nicht zuletzt die fragwürdige Flüchtlingspolitik wurden kaum aufgearbeitet, sondern hinter dem Bild eines entschlossenen Widerstandes verborgen. Eine zentrale Rolle spielte dabei die massive Überhöhung der Rolle der Armee und vor allem des Generals. Zwar war eingeweihten Kreisen der bescheidene Kampfwert bekannt. Eine hochrangige britische Delegation, die im Herbst 1949 während mehrerer Wochen eine Inspektion durchführte, kam zum vernichtenden Urteil, dass die Schweizer Armee nahezu unbrauchbar («almost useless») sei. Diese Kritik versuchte man in den 1950er Jahren durch gigantische Rüstungsprogramme zu entkräften und damit zu verdrängen. Wie in kaum einer anderen westlichen Demokratie erhielt das Militär eine dominante Stellung, die erst in den 1980er Jahren zusammenbrach.

Innenpolitisch wurde das autoritäre Vollmachtenregime, das eine weitgehende Ausschaltung des Parlamentes und der Volksrechte beinhaltete, 1945 zwar eingeschränkt, aber erst Ende 1952 vollständig aufgehoben. Die in Europa verbreitete Aufbruchstimmung erfasste auch die Schweiz. So konnten Anfang 1948 die ersten ordentlichen AHV-Renten ausgezahlt werden, aufbauend auf dem System der Erwerbsersatzordnung, das der Bundesrat 1939 aufgrund seiner Vollmachten eingeführt hatte. Im Hintergrund dieser Reform stand die Angst vor einem Generalstreik wie am Ende des Ersten Weltkrieges. Andere damals in Europa verbreitete Reformen wie die Einführung des Frauenstimmrechtes scheiterten dagegen. Auch entstand 1944 links von der Sozialdemokratie mit der Partei der Arbeit wieder eine Linkspartei, nachdem die Kommunistische Partei 1940 verboten worden war. Diese erreichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorübergehend eine beachtliche Stärke, auf dem Höhepunkt bei den Nationalratswahlen 1947 über 5 Prozent.

Erster nachhaltiger GAV

In den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit bahnte sich um das Ende des Krieges ebenfalls eine neue Epoche an. Die Exportindustrie hatte sich – im Gegensatz zum Gewerbe – lange standhaft geweigert, Gesamtarbeitsverträge abzuschliessen. Nachdem aber die Aktivitäten der Gewerkschaften und die Streiks mit der sich abzeichnenden Niederlage des Nazi-Regimes deutlich zunahmen, bröckelte der Widerstand. Die Basler Chemieindustriellen unterzeichneten Anfang 1945 den ersten nachhaltigen Gesamtarbeitsvertrag für eine Exportbranche. Bis 1950 verbreiteten sich diese über alle auf den Weltmarkt ausgerichteten Wirtschaftszweige, nicht zuletzt als Folge einer Streikwelle mit (auf dem Höhepunkt 1946) fast 185 000 Streiktagen. Dies geriet aber bald in Vergessenheit zugunsten der Legende, die Gesamtarbeitsverträge hätten sich als Folge des Friedensabkommens in der Metall- und Maschinenindustrie von 1937 – das nicht einmal die gesetzlichen Minimalanforderungen erfüllte – kontinuierlich entwickelt.

So kam es denn, dass die bewegte unmittelbare Nachkriegszeit rasch und gründlich aus dem allgemeinen Bewusstsein verschwand und die Vorstellung einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung – unterbrochen nur durch den von aussen kommenden Krieg – Überhand gewann. Auseinandersetzungen mit dem Kriegsende hätten solche Selbstzufriedenheit nur gestört.

Der Bodensee ist kein rechtsfreier Raum

Eine SEV-Beschwerde ist vom Bundesamt für Verkehr gutgeheissen worden: Der Versuch der Schweizerischen Bodensee-Schifffahrtsgesellschaft SBS, das im öffentlichen Verkehr geltende Arbeitszeitgesetz AZG per Ausnahmeregelung auszuhöhlen, ist damit gescheitert. Es war 1 Jahr vor Corona, als die SBS allen knapp 30 nautischen Mitarbeitenden eine Vereinbarung zur Unterschrift vorlegte, wie die *SEV-Zeitung* berichtet. Zwar ist so etwas im AZG tatsächlich vorgesehen: Man kann beispielsweise die Höchstarbeitszeit saisonal verlängern. Dies setzt aber eine schriftliche Vereinbarung mit dem Personal voraus. Ohne Mitsprache seien solche Ausnahmeregelungen ungültig, beschied nun auch das Bundesamt für Verkehr: Die SBS habe «unter Vorgabe falscher bzw. nicht vollständiger Gesetzestexte versucht», das Einverständnis der Beschäftigten zu erlangen. Von den 6 Mitarbeitenden, die die Vereinbarung zunächst nicht unterschreiben wollten, blieb einer standhaft – er verlor die Stelle. | *sev/slt (Foto: JoachimKohler-HB/Wikimedia CC)*

UberEats ist Arbeitgeber

Das Genfer Verwaltungsgericht hat entschieden, dass der Essenslieferdienst UberEats als Personalverleiher und somit als Arbeitgeber einzustufen ist. Die Gewerkschaft Syndicom begrüsst das sehr. UberEats müsse nun endlich die Verantwortung als Arbeitgeber wahrnehmen, folgert Syndicom-Zentralsekretär David Roth. Insbesondere soll sich die Firma dem GAV für Velokurierdienstleistungen anschliessen. Die Unia verlangt zudem, dass die Politik von UberEats Sicherheiten für die ausstehenden Löhne und Sozialversicherungsbeiträge einholt: «Es muss verhindert werden, dass UberEats sich mit dem geschuldeten Geld aus dem Staub macht.» | *syndicom/unia/vpod*

Auch an Bord des MS Thurgau gilt Recht.

SBB: Kontrolle braucht mehr Zeit

Der Schlussbericht des Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsdienstes (Sust) über den tödlichen Eisenbahnunfall von 2019 im Bahnhof Baden liegt vor. Er nennt jene Elemente, die der SEV schon lange kritisiert: Der Abfertigungsprozess muss überprüft werden, und für die technische Kontrolle des Rollmaterials braucht es mehr Zeit. Bisher stehen für die Kontrolle der Türen nur 8 Minuten zur Verfügung. | *sev*

Sunil Mann The Name of the Game

Schon wieder flammt diese Diskussion auf, diese mühsame, wenig zielführende und vermutlich gerade deswegen mit umso mehr Vehemenz und Inbrunst geführte Debatte, die uns in Abständen immer wieder heimsucht.

Beim letzten Mal gab es ein paar halbherzige Anpassungen, aber grundsätzlich wurde das getan, was man in der Schweiz schon beinahe Tradition nennen kann: Man hat es ausgesessen. Im Wissen darum, dass die ach so engagierte Meute der Betroffenen und moralisch Integren gemeinsam mit den Dauerkläffern, Besserwissern und Ewiggestrigen weiterziehen wird, dem nächsten Thema hinterher, bei dem sie sich glauben einbringen zu müssen, bei dem man sich künstlich aufregen darf und sich gleichzeitig gegenseitig eins auswischen kann. Manchmal schleicht sich bei mir der Verdacht ein, dass es manchen Leuten weniger um die Sache geht, dafür umso mehr um Selbstdarstellung. Dass da nur pro forma eine politische Haltung eingenommen wird, während man sich eigentlich profilieren will oder nach einem Ventil sucht, um den eigenen Frust abzulassen.

Global gesehen handelt es sich nämlich um einen Sturm im Wasserglas. Im Direktvergleich: Während wir über die korrekte Bezeichnung für Mohrenköpfe (einmal muss ich das Kind beim Namen nennen) streiten, werden anderswo Menschen wegen ihrer Rasse oder Herkunft diskriminiert und getötet, man kniet acht Minuten und sechsundvierzig Sekunden auf ihnen, bis sie keine Luft mehr bekommen und sterben. Und George Floyd ist kein Einzelfall, Polizeigewalt und Morde an Schwarzen haben eine lange und gut dokumentierte Geschichte in den USA.

Die hierzulande geführte Debatte ist genau deswegen ermüdend. Weil sie eben schon mehrmals lanciert worden ist, ohne dass man sich ernsthaft um eine Lösung bemüht hat. Aber auch weil damit von der wesentlich wichtigeren Diskussion über den real existierenden Rassismus in der Schweiz abgelenkt wird. Eine reisserische *Blick*-Schlagzeile zu einem Schokosnack ist halt verkaufsfördernder als eine ernsthafte Auseinandersetzung über die alltäglichen Anfeindungen und Diskriminierungen, die Menschen anderer Hautfarbe oder Herkunft (!) hier erleben. Dabei wäre die Lösung des Schokoproblems einfach: Alle Grossverteiler beschäftigen ja Heerscharen von Marketingexperten, innovative Köpfe, die es mit Leichtigkeit schaffen, uns Grünkohlsaft oder Hüttenkäse mit Proteinzusatz als den letzten Lifestyleschrei zu verkaufen. Für die Umbenennung eines etwas älteren Schokoladenprodukts bräuchte es vermutlich nicht mehr als zehn Minuten Brainstorming. Hat bei Raider zu Twix wunderbar funktioniert, kein Sunrise-Kunde hat jemals Diax nachgeweint. Damit würde man der leidigen Diskussion ein für alle Mal den Wind aus den Segeln nehmen und könnte sich den wirklich brennenden Themen zuwenden. Und wer tatsächlich dem alten Namen hinterhertrauert oder sich deswegen in seiner freien Meinungsäusserung eingeschränkt fühlt, muss sich überlegen, ob er nicht etwas gar dramatisch veranlagt ist. Oder ob ihm vielleicht bloss die winzige Dosis angewandter Alltagsrassismus fehlt.

Sunil Mann ist Krimi- und Kinderbuchautor sowie Flugbegleiter.

Eine Neuinterpretation von «Berlin Alexanderplatz» kommt am 9. Juli ins Kino

Die Wiederkunft des Franz Biberkopf

In den wiedereröffneten Kinos ist ab 9. Juli eine Neuinterpretation von Döblins «Berlin Alexanderplatz» zu sehen. Franz Biberkopf stammt diesmal aus Guinea-Bissau. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: filmcoopi)*

Franz und Reinhold 2020: Drogenhandel in der Hasenheide.

«Berlin Alexanderplatz» ist ein Jahrhundertroman von Alfred Döblin. 1929 erschienen, gilt das Buch als ein Konzentrat der Weimarer Republik und als ein «Gründungsdokument für die literarische Moderne». Der Autor holte sich sein Wissen über Gestalten und Schicksale aus seiner nervenärztlichen Praxis. Es brodelt die Grossstadt, es brodelt auch die Sprache; immer wieder wechselt die Erzählperspektive. Innere Stimmen, äussere Stimmen. Auf einmal wird's betulich, dann moralisch, biblisch, mythisch, dann kommt Amtliches, dann ein Kinderreim. Es wird auf den Putz gehauen, gekalauert, angegeben, berlinert, was das Zeug hält. «Ick wollte anständig sein, der hat mir betrogen.» Klar: Solch schnelle Schnittfolge lockt den Film.

Fassbinder als Vorbild?

Ist aber schwierig. Rainer Werner Fassbinder machte eine 14-teilige Fernsehserie draus, die 1980 allerdings nur im Spätprogramm lief. Die *Bild-Zeitung* schäumte, hier seien TV-Gebühren verschwendet. Es erschienen auf den damals handelsüblichen Empfangsgeräten Günter Lamprecht, Barbara Sukowa, Gottfried John samt den Strassen von Berlin wirklich sehr dunkel. Jetzt kommt eine Neuverfilmung. Die Warnung vorab: Der Streifen hat Überlänge. 3 Stunden, im Zeitalter der Corona-Lockerung selbstredend ohne Pause für Bier oder Bisi.

Regisseur Burhan Qurbani hat die Geschichte ins Heute transponiert. Wer ist im aktuellen Berlin ein Franz Biberkopf, der keine Chance hat und sie nutzt? Der vom Leben mehr will als ein Bett und ein Butterbrot? Der gut werden möchte, aber dazu mit dem Teufel paktieren muss? Das könnte, beispielsweise, ein Mensch sein, der nach Berlin geflüchtet ist aus seinem Heimatland Guinea-Bissau (zwölftletzter Platz im weltweiten Entwicklungsranking). Der Traumatisches erlebt und auch schon einen Menschen auf dem Gewissen hat. Was besitzt so ein Francis, später auf Franz umgetauft, für Möglichkeiten?

Zuerst arbeitet er auf einer unterirdischen Baustelle am Alexanderplatz. Tatsächlich bohrt dort Berlin auch im richtigen Leben einen neuen U-Bahn-Tunnel. Tatsächlich mit illegalen Bautrupps? Reinhold (Albrecht Schuch) holt Francis (Welket Bungué) dort und aus dem Flüchtlingsheim raus und macht ihn zu einem Rädchen in seinem Drogenhandel. Die Dealer, die in der Hasenheide unterm Turnvater-Jahn-Denkmal rumstehen, brauchen auch etwas zu essen. Sie damit zu versorgen, ist Francis' Job. Und die Teilnahme bei Überfällen. Beim ersten wirft ihn der vermeintliche Freund Reinhold aus dem Auto, und Francis verliert seinen linken Unterarm. Beim zweiten Mal wird der Boss der Bande, Pums (Joachim Król), ermordet.

Die Prostituierte Mieze – hinreissend zwischen naiv und abgebrüht pendelnd Jella Haase, die man aus «Fack ju Göhte» (1, 2 und 3) kennt – ist die Liebe vom Franz, der jetzt ein einarmiger Bandit ist. Sie erwartet ein Kind von ihm. Sie wird ihm von Reinhold getötet. Franz geht fälschlich als ihr Mörder in den Knast. Es sind nicht nur die Namen, die mit Döblins Original übereinstimmen, sondern auch die «narrativen Beats», wie der Regisseur es nennt. Und wie bei Döblin «das ewige Zerren von Liebe und Tod um die menschliche Seele». Mit einem etwas kitschigen Schluss, auch das wie bei Döblin.

Zu schön, um wahr zu sein?

Ein gemütlicher Kinoabend ist das nicht. Sondern ein verstörendes Eintauchen in die Welt von unten her. Es ist nicht alles gleichermassen gelungen und nicht alles so prima besetzt wie die vier Hauptrollen. Es fehlt auch ein wenig das Berlinische, das mit mehrfachem Hereinblinken des Fernsehturms ja nicht abgetan ist. Womöglich ist alles etwas zuviel des Guten – und des Bösen. Der Hauptdarsteller zu schön, um wahr und Franz Biberkopf zu sein. Dass man sich in 3 Stunden keine Sekunde langweilt, nimmt aber sehr für den Film ein.

Verständnis: Der Supreme Court stützt LGBT-Rechte.

LGBT-Rechte in den USA gestärkt

Das oberste Gericht der USA, der Supreme Court, hat ein Urteil gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgender in der Arbeitswelt gefällt. Wegen der sexuellen Orientierung oder Identität darf niemand entlassen werden. Das ist darum bemerkenswert, weil es im neunköpfigen Richtergremium eigentlich eine konservative Mehrheit gibt. Abweichler im LGBT-Fall war der von Donald Trump 2017 nominierte Neil Gorsuch, dem daher jetzt von konservativer Seite Verrat vorgeworfen wird. Das Gericht beruft sich im Urteil auf den Civil Rights Act von 1964, der unter anderem Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbietet. Das Geschlecht umfasse hier auch die sexuelle Orientierung, argumentiert die Mehrheit des Gerichts, entgegen der Sichtweise Trumps – und auch des Schweizer Bundesgerichts: Dieses hatte 2019 einem Homosexuellen verwehrt, sich auf das Gleichstellungsgesetz zu berufen. | *slt (Foto: carterdayne/iStock)*

Berner Flüchtlingsprojekt endet

Ende Jahr beendet das Schweizerische Arbeiterhilfswerk Bern sein Angebot Co-Opera – ein Vierteljahrhundert hatte man darin Flüchtlinge beim Berufseinstieg unterstützt. Schuld ist die Neuvergabe der Leistungsverträge im Asylwesen des Kantons. Eine Finanzierung konnte das SAH auch anderweitig nicht auftreiben. 20 fest und 6 befristet Beschäftigte verlieren die Stelle; mit dem VPOD wird ein Sozialplan ausgearbeitet. | *pd*

Kein Zeichen für Solidarität

Auch in Corona-Zeiten will der Nationalrat das internationale Engagement der Schweiz nicht ausbauen. Anträge aus der aussenpolitischen und der Finanzkommission forderten, die Rahmenkredite für die internationale Zusammenarbeit aufzustocken. Der Rat hat alle abgelehnt. So kommt die Schweiz auf eine Entwicklungshilfequote von lediglich 0,46 Prozent des BIP (statt 0,7 Prozent, wie angestrebt). Alliance Sud kritisiert die Entscheide vor allem wegen der Folgen von Corona in den ärmsten Ländern der Erde: «So rechnet die Weltbank bis Ende Jahr mit bis zu 60 Millionen Menschen, die in extreme Armut abrutschen werden; die Zahl der Hungernden

Wirtschaftslektion Überbrückung als notwendige Korrektur

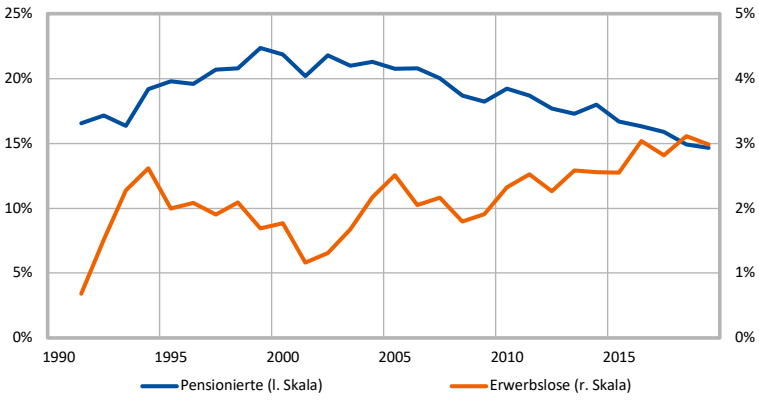
In der Junisession hat das Schweizer Parlament dem gewerkschaftlichen Vorschlag einer Überbrückungsleistung (ÜL) für ausgesteuerte ältere Arbeitslose zugestimmt. Damit verbessert sich künftig die Lebenssituation der Betroffenen spürbar. Darüber hinaus wird mit der Überbrückungsrente der Abbautrend in der sozialen Sicherheit der letzten 15 Jahre gestoppt. Unter diesen Leistungsverschlechterungen haben gerade die älteren Arbeitnehmenden in der Schweiz gelitten. Dabei waren vor allem zwei Entwicklungen bedeutend: die Verschlechterungen bei der Invalidenversicherung und jene bei den Pensionskassen.

Die Invalidenversicherung IV ist für viele ältere Arbeitnehmende mit gesundheitlichen Problemen ein wichtiger Notausgang aus einer unerträglichen Lage. Seit Anfang der 2000er-Jahre wurden die Leistungen jedoch angegriffen. Im Jahr 2004 sprach Arbeitgeberdirektor Hasler sogar vom «Sozialmoloch Schweiz» und forderte substanzielle Leistungskürzungen. Und der damalige SVP-Nationalrat Blocher attackierte die Mehrheit der IV-Bezüger ein halbes Jahr vor seiner Bundesratswahl als «Scheininvalide». Der Druck auf die IV-Leistungen nahm stark zu, bis sie im Rahmen von mehreren Revisionen verschlechtert wurden. Zudem wurde die Rentenpraxis der Vollzugsstellen und der Gerichte spürbar restriktiver (siehe auch «Hier half der VPOD», Seite 25), so dass sich die Zahl der Neurenten nach 2005 halbierte.

Bei den Pensionskassen kam der Leistungsabbau schleichend. Hauptproblem ist, dass es wesentlich weniger Frühpensionierungen gibt. Dieses Instrument ist vor allem bei Reorganisationen oder Problemen im Betrieb ein wichtiger Notausgang. Die Gewerkschaftserfahrung zeigt, dass heute ältere Arbeitnehmende eher entlassen und weniger frühpensioniert werden. Inwiefern das auch auf eine grössere soziale Härte bei der Arbeitgeberschaft zurückzuführen ist, lässt sich nicht sagen. Klar ist aber, dass die Pensionskassen heute weniger leistungsfähig sind. Und dass das reglementarische Rentenalter für Frauen und für Männer in den letzten 15 Jahren angehoben wurde – bei den Frauen um rund 1 Jahr, bei den Männern um gut 8 Monate.

Diese Leistungsverschlechterungen bei der sozialen Sicherheit in der Schweiz haben wesentlich zu den Problemen der älteren Arbeitnehmenden beigetragen. Es ist alles andere als überraschend, dass die Erwerbslosigkeit vor allem in dieser Altersgruppe zugenommen hat. Mit der Überbrückungsleistung wird das erstmals wieder korrigiert. Nun muss sie vom Bundesrat rasch in Kraft gesetzt werden. Denn die Situation hat sich mit der Coronakrise nochmals verschlechtert. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Pensionierte und Erwerbslose im Alter von 55 bis 64 Jahren
(Anteil an der Wohnbevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren)



Quelle: BFS, Berechnungen SGB

wird sich von 130 Millionen auf 265 Millionen Menschen verdoppeln.» Der Nationalrat habe es «verpasst, ein dringend nötiges Zeichen für die internationale Solidarität zu setzen», schreibt der Hilfswerkverbund. | *pd/slt*

Konzernverantwortung vors Volk

Ein griffiger Gegenvorschlag hätte zum Rückzug der Konzernverantwortungsinitiative geführt. Im Parlament hat sich aber die Konzernlobby durchgesetzt: Glencore, Syngenta & Co. sollen nicht für angerichtete Schäden haften, sondern «bloss einmal im Jahr eine Hochglanzbroschüre veröffentlichen» müssen, wie eine Reihe von Schweizer NGO schreibt. Die Initiative, die weit in die politische Mitte hinein und auch von seiten der Kirche Sympathie geniesst, kommt voraussichtlich im November zur Abstimmung. Sie will erreichen, dass Schweizer Konzerne auch im Ausland haften, etwa wenn sie das Trinkwasser vergiften. | *pd*

Corona-Hotspot Schlachthof

In Deutschland hat die Corona-Krise die miserablen Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche offengelegt. An mehreren Orten haben sich zumeist ausländische Arbeiter, die prekär in sogenannten Werkverträgen angestellt sind, reihenweise mit Corona infiziert. Die Ausbreitung wird offenbar durch die niedrigen Temperaturen in den Schlacht- und Kühlhäusern begünstigt, hat aber in erster Linie mit den prekären Wohnverhältnissen der Leiharbeiter zu tun, die in engen Gemeinschaftsunterkünften hausen müssen. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) betont, dass die Zeit der freiwilligen Selbstverpflichtungen in der Branche nun vorbei sei: «Die Arbeits- und Lebensbedingungen in der deutschen Schlacht- und Zerlegeindustrie werden sich nur mit scharfen und engmaschig kontrollierten Gesetzen bessern.» Zuletzt war die Fleischerei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück betroffen, 30 Kilometer südwestlich von Bielefeld (siehe Seite 11). Dort haben sich 1500 Beschäftigte infiziert; die Folgen (Schliessung von Schulen, Reisebeschränkungen) betreffen den ganzen Landkreis. Hoch schlagen die Wogen zudem, weil einer der Firmeneigentümer, Clemens Tönnies, Präsident des Fussballclubs Schalke 04 ist. | *slt (Foto: Martin Meissner/Keystone)*

Unverständnis: Corona-Ausbruch macht wütend.

Wer war's? Wirtschaftswunder

Passend zum Schwerpunkt dieser Ausgabe fahren wir ins nördliche Nachbarland. Das geht ja jetzt wieder. Ganz in den Norden der Bundesrepublik reisen wir. Mit Maske. Das zweisprachige Flensburg/Flensborg liegt fast schon in Dänemark und gilt als nördlichste Stadt Deutschlands. Nördlichste *kreisfreie* Stadt, müsste es richtig heissen: Das Städtchen Glücksburg liegt noch ein paar Meilen näher am Nordpol. Flensburg wechselte zwischen dänischen und deutschen Herren hin und her und wurde mit Rumhandel gross und ruhmreich.

Berühmt ist heute aber vor allem das Flensburger Bier, das all die Jahre an seinem Bügelverschluss festgehalten und mit seiner Standhaftigkeit ein Alleinstellungsmerkmal errungen hat. «Plopp», pflegt die Flasche beim Öffnen zu sagen. In den Ohren vieler Automobilistinnen und Automobilisten hat «Flensburg» dagegen einen bedrohlichen Klang: Dort werden die berüchtigten Punkte aufbewahrt, die es beim Verstoss gegen bundesdeutsche Verkehrsregeln gibt. 8 davon führen zum Entzug des Führerscheins. Die Wiedererlangung führt zwingend über den sogenannten Idiotentest.

1877 wurde in Flensburg eine Navigationsschule eröffnet, aus der wenige Jahre später die «Königliche Seedampfmaschinisten-Schule» entstand. Die Einrichtung existiert heute noch. Und noch immer liegt einer der Schwerpunkte in den Bereichen Schiffstechnik, Nautik und maritime Logistik; daneben kann man aber auch Bio-, Lebensmittel- und Energietechnik, Informatik und Wirtschaft studieren. Gut 4000 junge Leute tun dies derzeit – nicht alle alles gleichzeitig, versteht sich. 2016 gab sich das Institut einen neuen Namen und kam – nicht eben originell – auf «Hochschule Flensburg».

Es gab prägnantere Vorschläge. Der Präsident berichtet über die Suche: «Ein Kollege hat vorgeschlagen: Wir müssen eine Person finden, die aus Flensburg kommt, bundesweite Strahlkraft hat und am besten noch weiblich ist.» Ein Name kam allen in den Sinn (auch wenn die Persönlichkeit nicht in der Stadt geboren, sondern lediglich dort gewirkt hat). Die Courage, die auch in diesem Rätsel gesuchte Frau zur Namenspatronin zu wählen, fehlte jedoch. Die Fragliche ist in Ostpreussen geboren und starb in St. Gallen. Sie machte mit 18 schon ihren Flugzeugführerschein und mit 75 noch den Tauchschein. Auch geschäftlich war sie innovativ (und von durchaus frauenemanzipatorischen Motiven geleitet): Der 1962 in Flensburg eröffnete Laden war der erste seiner Art.

Wie so vielen anderen droht auch diesem einstigen Wirtschaftswunder ein Ende durch die Digitalisierung. Die Aktie des Konzerns fiel von 28 Euro auf 0,6 Cent. Wer die norddeutsche Pionierin erkannt hat, schreibt ihren Namen auf eine Postkarte und schickt diese bis am 17. August an: VPOD-Zentralsekretariat, «Wer war's?», Postfach, 8036 Zürich. Einsendungen werden auch unter redaktion@vpod-ssp.ch entgegengenommen. Je nach Losglück kann ein Büchergutschein (je einer zu 100, zu 50 und zu 20 Franken) die Belohnung sein. | *slt*

Es war Jürg Federspiel

Die Auslegeordnung von Literatur zu Infektionskrankheiten (Camus, Boccaccio: Pest, Garcia Márquez: Cholera, Roth: Polio) führte zum Schweizer Schriftsteller Jürg Federspiel (1931–2007) und zu seiner «Ballade von der Typhoid Mary». Der Roman nimmt eine historische Figur zum Ausgangspunkt, ohne sich sklavisch an die Fakten zu halten. Die echte Typhoid Mary hiess Mary Mallon: Aus Irland ausgewandert, steckte sie in den USA um die vorletzte Jahrhundertwende Dutzende mit Typhus an, ohne je selbst zu erkranken. Bei Federspiel ist sie eine Bündnerin in New York mit der Rache der Zukurzgekommenen als zentralem Motiv. Das Schicksal der realen Mary stellt eher die Frage nach der Zulässigkeit von Freiheitsbeschränkungen angesichts einer Pandemie. Ziemlich aktuell, gell? Büchergutscheine gewonnen haben: Ueli Tschamper, Eva Furrer (beide Basel) und Erica Burgauer (Zürich). | *slt*

VPOD-Landesvorstand vom 12. Juni 2020

Der Landesvorstand hat im Sitzungssaal des VPOD unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln getagt und hat

- die mit einem Verlust von 246 842 Franken schliessende Jahresrechnung des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen genehmigt. Der Finanzplan für die Jahre 2021/2022 wurde zur Kenntnis genommen.
- eine Analyse der Erfahrungen der Corona-Krise im Service public, speziell im Gesundheitswesen, vorgenommen und die Schwerpunkte daraus folgender VPOD-Positionen und -Kampagnen festgelegt.
- die Auswirkungen von Corona auf zahlreiche gewerkschaftliche Projekte besprochen: Initiative 13. AHV-Rente (Unterschriftensammlung läuft wieder), nationale Demo vom 19. September (findet nicht statt), lila Woche zum Frauenstreik und Frauenstreikjubiläum (reduzierte Durchführung).
- als Stiftungsrat jeweils Tätigkeitsbericht und Rechnung der VPOD-Stiftungen (Ferienwerk, Sterbekasse, Interpretenhilfsfonds) genehmigt.
- sich über die Entwicklungen in der VPOD-Region Genf informiert. Eine Gruppierung um einige Mitglieder von Regionalvorstand und Geschäftsleitung ruft die VPOD-Mitglieder zum Austritt aus dem VPOD auf und wirbt für eine neue Organisation namens «Avenir syndical». Die bei dieser Bestrebung führenden Köpfe waren nicht bereit, ihre VPOD-Mandate abzugeben. Daher hat der VPOD-Landesvorstand gegen drei Mitglieder des Regionalvorstands ein Ausschlussverfahren eröffnet, die Organe der Region (Regionalvorstand, Geschäftsleitung, Co-Präsidium, Gruppenvorstände, Kommissionen usw.) sowie die VPOD-Vertretung in allen regionalen Mandaten suspendiert und eine 12-köpfige Übergangsgeschäftsleitung benannt und eingesetzt. Diese wird eine Generalversammlung der Region vorbereiten und bis zu deren Durchführung alle unaufschiebbaren Entscheide fällen.
- von den «Guidelines Kommunikation VPOD» Kenntnis genommen und deren Umsetzung im Verband erörtert.
- die Delegiertenversammlung vom Herbst auf den 3. Oktober verschoben und die Präsidialkonferenz auf den 31. Oktober angesetzt.
- die Regeln für Zirkularbeschlüsse des Landesvorstands insofern geändert, als bei Diskussionsbedarf auch Videositzungen anberaumt werden können.
- sich mit den Parolen zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September befasst, der keine Delegiertenversammlung mehr vorausgehen wird. Aus den bisherigen Entscheiden ergeben sich: Nein zur Begrenzungsinitiative der SVP, Nein zum Steuerabzug für reiche Eltern, Ja zum Vaterschaftsurlaub. Die Lockerung des Wolfsschutzes ist kein gewerkschaftliches Thema; bei der Beschaffung neuer Kampfjets wird der VPOD die SGB-Parole übernehmen.

Stefan Giger, Generalsekretär

Delegiertenversammlung des Verbandes

Die Delegiertenversammlung des Verbandes, vorgesehen für 27. Juni, hat wegen Corona nicht stattgefunden. – Die Delegiertenversammlung vom Herbst wird vom 26. September auf den 3. Oktober verschoben. Sie findet, genau wie die Dezember-DV (15. Dezember) in der Pädagogischen Hochschule Zürich (beim Hauptbahnhof) statt, wo die Abstandsregeln eingehalten werden können.

Stefan Giger, Generalsekretär

Rote Köpfe

VPOD-Kollege **Ernst Schläpfer,** Schwingerkönig und langjähriger Leiter des Berufsbildungszentrums Schaffhausen, muss seine fristlose Entlassung kurz vor der Pensionierung hinnehmen. Zumindest entschied so das Schaffhauser Obergericht. Der Konflikt mit Regierungsrat (und Dann-doch-nicht-Bundesratskandidat) Christian Amsler schwelte schon lange; zum Verhängnis wurde dem Kollegen letztlich eine etwas zu ruppig geratene Mail. Die Entscheidung des Obergerichts mag buchstabenjuristisch korrekt sein. Ihr stehen allerdings die Jahrzehnte entgegen, in denen Schläpfer seine Schule mit Umsicht und zur allgemeinen Zufriedenheit geleitet hat. Aus Sicht des VPOD ist das Urteil unerfreulich: Es sagt, dass im Fall einer einzelnen Fehlleistung kein Verhältnismässigkeitsprinzip zum Tragen kommt. Zum anderen ist es auch ein schlechtes Zeichen für kantige Persönlichkeiten à la Schläpfer (und ein gutes für weichgezeichnete Frauen und stromlinienförmige Männer ohne Eigenschaften).

Einen schamroten Kopf gab es beim Chef-, Sport- und Alleinredaktor des *VPOD-Magazins,* **Christoph Schlatter,** der aus Ostermundigen einen *westlichen* Vorort von Bern gemacht hat. Wo doch schon der Name signalisiert, dass dort, wo Ursula Andress geboren ist und Michelle Hunziker aufwuchs, die Sonne aufgeht. Jedenfalls die Berner Sonne. Der Fehler im Porträt von Bettina Fredrich, der neuen Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, kann damit erklärt werden, dass in schaffhausischen Landschulen der 1970er Jahre die Lage bernischer Vorortsgemeinden nicht zum Lehrstoff gehörte.

Es gibt natürlich auch aus anderen Gebieten als den rechtsrheinischen interessante Neuigkeiten. So aus Bundesbern, wo der Post-Verwaltungsrat mit **Corrado Pardini** komplettiert wurde. Der Vorwurf, Bundesrätin Sommaruga habe sich mit diesem Antrag über die Gewerkschaften hinweggesetzt – Pardini ist Unia-Gewerkschafter und hat nie bei der Post gearbeitet –, zielt aber ins Leere. Denn Syndicom selbst hat den abgewählten Nationalrat für den Posten vorgeschlagen. Sein Bruder, Giorgio Pardini, gehört dort übrigens der Geschäftsleitung an.

Die neue Direktorin der Bundespensionskasse Publica heisst **Doris Bianchi.** Sie tritt am 1. November die Nachfolge von Dieter Stohler an. Heute arbeitet die promovierte Juristin als persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Berset. Davor wirkte sie als geschäftsführende Sekretärin beim SGB ebenfalls bereits im Dossier Sozialversicherungen.

Ihre zwei Kinder sind noch nicht ganz flügge, aber immerhin in einem Alter, das keine Dauerbemutterung mehr erfordert. Sie setze diesbezüglich «ganz auf Eigenverantwortung», sagt Bianchi, wenn man ihr die Frage stellt, die männlichen Bewerbern nie gestellt wird. Und viel längere Arbeitswochen als die 80-stündigen unterm Corona-Regime wird es im neuen Job auch nicht geben. (Was es bereits gibt: gruuusiges frauenfeindliches Geschwafel auf dem «Vorsorgeforum».) | *slt (Fotos: Alexander Egger, CH-Bundesversammlung, Anthony Anex/Keystone)*

Dank dem VPOD erhielt Kollegin D. Unterstützung bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben

Depression? Nicht IV-relevant!

Das Gesuch um Unterstützung während D.s Erkrankung wurde zunächst abgelehnt. Erst die Beschwerde der VPOD-Vertrauensanwältin setzte Abklärungen zur Wiedereingliederung in Gang.

Text: *Sabine Braunschweig (Foto: archimede/photocase.de)*

Die vielen Rechtsschutzfälle beim VPOD belegen es: Der jahrelange bürgerliche Druck auf die Invalidenversicherung hat Wirkung. Immer wieder müssen Vertrauensanwältinnen und -anwälte gegen Verfügungen von IV-Stellen Einsprache und Beschwerde einlegen und VPOD-Mitgliedern zu ihrem Recht verhelfen. Denn Unterstützung in einer Notsituation zu erhalten, ist in der Schweiz ein verbrieftes Recht. Es muss unbedingt gewahrt bleiben.

Für die Pflege arbeitsunfähig

Nach vielen Jahren Pflegearbeit in einer psychiatrischen Klinik erkrankte Kollegin D. an einer Depression mittelgradiger Schwere. Sie fühlte sich nicht mehr stabil genug, um Menschen mit psychischen Problemen zu betreuen. Und mehrere Aufgaben gleichzeitig zu erledigen, kostete sie enorm viel Kraft. Sie holte sich ärztliche Hilfe, doch die depressiven Beschwerden verschwanden nicht. Als sich die psychische Situation erheblich verschlechterte, wurde gar eine Hospitalisation nötig. D. war nicht mehr arbeitsfähig.

So meldete sie sich bei der Invalidenversicherung an. Die IV-Stelle veranlasste die notwendigen beruflichen und medizinischen Abklärungen. Der psychiatrische Gutachter attestierte D. eine Arbeitsfähigkeit von 50 Prozent für sämtliche Berufe ausserhalb des Pflegebereichs. Für Pflegeberufe hingegen bestätigte er eine vollständige Arbeitsunfähigkeit. Mittelfristig empfahl er eine berufliche Neuorientierung mit Unterstützung der involvierten Leistungsträger.

Trotz dieses Gutachtens erliess die IV-Stelle eine leistungsabweisende Verfügung. Es sei kein «Gesundheitsschaden von erheblicher Schwere, Intensität, Ausprägung und Dauer ausgewiesen» und es liege «kein IV-relevanter Gesundheitsschaden» vor. Gegen diese Verfügung erhob die beauftragte VPOD-Vertrauensanwältin Beschwerde. Sie stellte einen Antrag auf eine Rente und ein allfälliges Aufbautraining zur Wiedereingliederung.

Obwohl ihr Leiden zwischenzeitlich zunahm und weitere stationäre Behandlungen nötig machte, war es D. ein grosses Anliegen, im Arbeitsleben zu bleiben. Deshalb wollte die Anwältin, dass das Gesuch um berufliche Eingliederungsmassnahmen prioritär behandelt wird. Diesem Wunsch kam das Sozialversicherungsgericht entgegen.

Das Vorliegen eines «invalidisierenden Gesundheitsschadens» dagegen verneinte es ebenso wie den Anspruch auf eine Rente. Es seien noch nicht alle Therapiemöglichkeiten ausgeschöpft. Deshalb könne noch nicht von einer ganzen oder teilweisen Erwerbsunfähigkeit ausgegangen werden. So bestätigte sich, was in der Rechtsprechung seit Längerem sichtbar wird: Mittel- bis schwergradige Depressionen werden nicht als schwerwiegende Erkrankungen beurteilt, welche die Arbeitsfähigkeit erheblich reduzieren. Solange eine Störung nicht therapieresistent ist oder chronifiziert, wird eine Invalidität verneint. Damit wird der Krankheitswert einer mittelgradigen Depression zunehmend infrage gestellt.

Schrittweise Rückkehr

Immerhin unterstützte das Gericht den Antrag auf Integrationsmassnahmen und verpflichtete die IV-Stelle zu weiteren Abklärungen. Sie musste nun prüfen, welche Massnahmen für die berufliche Wiedereingliederung erforderlich seien – etwa Berufsberatung, Umschulung, Arbeitsvermittlung oder Kapitalhilfe. Bereits der Gutachter hatte eine berufliche Neuorientierung, verbunden mit einer langsamen und schrittweisen Rückkehr in die Erwerbsarbeit, empfohlen. Um der Gefahr einer Chronifizierung zu begegnen, sei eine langfristige Planung wichtig. Weil D. vor Gericht zu einem Drittel gewonnen hatte, rechnete die Vertrauensanwältin einem Weiterzug vor Bundesgericht keine Chancen ein. Sie riet D., sich nicht auf ein langwieriges, mutmasslich aussichtsloses Verfahren zu konzentrieren, sondern ihre Energie in die Wiedereingliederung zu stecken.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Depression: Aus IV-Sicht «kein invalidisierender Gesundheitsschaden».

Das Projekt Kosana will den Zugang zur Gesundheitsversorgung im Kosovo verbessern

Drei Schritte vor, zwei zurück

Mihane Salihu-Bala kämpft für ein besseres Gesundheitswesen und gegen Ausgrenzung im Kosovo. Es ist ein langer, mühseliger Weg, aber Aufgeben kommt nicht in Frage. Zumal es einzelne Fortschritte gibt.

| **Text:** *Cyrill Rogger, Solidar (Fotos: Solidar Suisse [Porträt], Patrik Domi/Keystone)*

«Wir wollen Wahlen»: Protestierende im Kosovo der Corona-Zeit.

«Alle müssen Zugang haben zum Gesundheitssystem, unabhängig von Religion, ethnischer Zugehörigkeit und wirtschaftlichen Mitteln», sagt Mihane Salihu-Bala. Die 46-jährige Solidar-Mitarbeiterin weiss, wovon sie spricht. Anfang der 1990er Jahre erlebte sie selbst, was Nationalismus und Ausgrenzung bewirken. Um im Kosovo Elektrotechnik zu studieren, musste sie sogar in den Untergrund. «Die Vorlesungen fanden in Privathäusern statt», erzählt sie. «Denn als Albanerin hatte ich keinen Zugang zur Uni.»

Erfolgreiche Vernetzung

Heute ist der Kosovo eine unabhängige Republik. Mihane Salihu-Bala ist Leiterin des Solidar-Projekts Kosana und setzt sich für eine bessere Gesundheitsversorgung ein. Unter deren desolatem Zustand leiden die marginalisierten Gemeinschaften der Roma, der Aschkali sowie der Ägypterinnen und Ägypter (RAE) besonders. Sie sind nicht nur häufiger krank, sondern haben auch einen schlechteren Zugang zu Arztpraxen und Spitälern.

Das Projekt ist erfolgreich: So hat sich die Betreuung von werdenden Müttern stark verbessert, indem elf neue Beratungszentren geschaffen wurden. Therapien für autistische Kinder wurden ausgebaut, die Betroffenen erhalten eine minimale staatliche Unterstützung. «Für mich ist der grösste Erfolg, dass die verbesserten Dienstleistungen auch den marginalisierten Gemeinschaften zugutekommen», sagt Salihu-Bala. Ausschlaggebend sei dabei der Ansatz von Solidar Suisse, zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen und zu vernetzen.

Mihane Salihu-Bala.

Die Motivation für ihre Arbeit zieht Mihane Salihu-Bala auch aus ihren eigenen Erfahrungen: Sie hat nicht nur die Ausgrenzung als Albanerin am eigenen Leib erlebt: «Ich komme aus einer Familie mit vielfältigem kulturellem Erbe.» Der Vater war Muslim, die Mutter Jüdin. Sie selbst wurde katholisch getauft. So ist jede Form von Ausgrenzung für sie inakzeptabel.

Langjähriges Engagement

Bereits als Studentin organisierte Mihane Salihu-Bala Protestaktionen und schloss sich 1996 den «Frauen in Schwarz» an, die sich weltweit gegen Krieg und für Menschenrechte einsetzen. Die Konsequenzen eines schlechten Gesundheitssystems hat sie ebenfalls selber schmerzlich erfahren. Ihr erstes Kind starb kurz nach der Geburt, weil die medizinische Versorgung fehlte. Es macht sie deshalb traurig, dass das von Kosana entwickelte System, mit dem Frühgeburten schnell ins Spital überwiesen würden, immer noch nicht umgesetzt ist. Auch die Gesundheitsreform, für die sich Kosana einsetzt, kommt seit Jahren kaum vom Fleck. Doch trotz Rückschlägen – so Ende März der Sturz der neuen Regierung, in die sie grosse Hoffnungen gesetzt hatte (siehe Kasten) – gibt Salihu-Bala nicht auf: «Irgendwann werden die wichtigen Reformen umgesetzt!»

Sturz wegen Corona

Es war – zumindest vordergründig – die Corona-Krise, die zum Sturz der kosovarischen Regierung von Ministerpräsident Albin Kurti geführt hat. Die beiden Koalitionspartner waren sich über die Strategie uneins: Der Innenminister wollte den Ausnahmezustand verhängen und wurde von Kurti, der dagegen war, entlassen. In der Folge verlor Kurti seine Mehrheit im Parlament. Er war angetreten, die mit Korruption und wirtschaftlichem Stillstand assoziierten Altparteien abzulösen. Seine Befürchtung, dass ein Ausnahmezustand dem Staatspräsidenten, Hashim Thaçi, in die Hände spiele, war berechtigt. Allerdings sind die mit Krieg und Kungelei verbundenen alten Machteliten auch so zurück: Seit Juni, nach dem Seitenwechsel von Kurtis Koalitionspartner, haben sie auch die Regierung wieder übernommen. | *slt*

Hans Rudolf Schelling, Geschäftsführer des Zentrums für Gerontologie der Universität Zürich

Guten Abend

Ein gutes Leben ist auch im Alter und mit Defiziten möglich: Das Credo des Zentrums für Gerontologie treibt auch Hans Rudolf Schelling an, der sich als langjähriger Präsident der VPOD-Unigruppe zugleich für gute Arbeitsbedingungen an der Uni Zürich starkmacht. | Text: *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Für ein gutes Leben vor und nach der Pensionierung: Hans Rudolf Schelling.

An der Universität Zürich hält schon seit Jahrzehnten der Kollege Hans Rudolf Schelling die VPOD-Fahne hoch. Tapfer streckt er sie in den Gegenwind. Denn die Spezies «Gewerkschaftsmitglied» hat an der Uni keinen ganz leichten Stand. Wer zwecks wissenschaftlicher Qualifizierung dort arbeitet, ist normalerweise befristet und oft nicht zum Barrikadenkampf bereit. Die Festangestellten haben unterschiedliche Interessen je nachdem, ob sie in der Wissenschaft oder in Administration oder Technik tätig sind. Zusätzliche Erschwernis: Um das Personal werben auch ständische Verbände, welche die Mitgliedschaft dank Sponsoring durch die Uni gratis anbieten können. Ob eine arbeitgeberfinanzierte Organisation aber die wahren Interessen der Beschäftigten vertritt?

Schnittstelle zur Praxis

An einer Universität mögen eigentümliche Sitten herrschen. Aber auch wer im angeblichen Elfenbeinturm arbeitet, ist Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer. Ist folglich interessiert, der fünften Ferienwoche fürs Kantonspersonal endlich zum Durchbruch zu verhelfen, beispielsweise. Strebt ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Beruf und Privatleben an. Will der Spar- und Auslagerungspolitik einen Riegel schieben. Und möchte im Alter eine anständige Rente. Für solche Dinge setzt sich auch die kleine VPOD-Gruppe an der Uni nach Kräften ein. Über Verstärkung wäre man nicht unglücklich.

Hans Rudolf Schelling ist Geschäftsführer des Kompetenzzentrums für Gerontologie der Universität Zürich. Man kann sich diese kleine, 1998 gegründete Einrichtung als ein explizites Gegenmodell zum Elfenbeinturm vorstellen: eine Schnittstelle nicht nur zwischen den Disziplinen, sondern vor allem auch zwischen Forschung und Praxis. Wissenschaft soll brauchbares Wissen schaffen, namentlich zur Frage, wie man «gut» altert. Folgerichtig unterhält man eine psychologische Beratungsstelle, an die sich nicht nur ältere Menschen, sondern auch Angehörige und Institutionen wenden können. Ein reguläres universitäres Lehrangebot besteht nicht, wohl aber die Möglichkeit, ein Certificate of Advanced Studies zu erwerben.

Wie kam man als damals junger Sozialpsychologe ausgerechnet auf das Alter als Forschungsgebiet? Diese Frage beantwortet Hans Rudolf Schelling erstens mit dem Bonmot «Altern beginnt mit der Geburt». Und dann ungefähr so, wie die märchenhafte Goldmarie übers Apfelbaumschütteln berichtet hätte: Es lagerte am Wegesrand diese Aufgabe, hier in Form von noch unberührten Daten einer Umfrage von Pro Senectute, die «Werte uns aus!» schrien. Damals war das noch weitgehendes Neuland. Heute geniesst Gerontologie breite Anerkennung und grosse Nachfrage. Geht es darum den Alten in der Schweiz besser?

Vollständiges Wohlbefinden?

Schlecht geht es ihnen jedenfalls nicht, sagt der Fachmann. Im Vergleich mit anderen Ländern sind die Schweizer Betagten recht gesund und leidlich zufrieden. Und im Gegensatz zu anderen Altersgruppen – namentlich zu Heranwachsenden – ist auch Einsamkeit kein flächendeckendes Problem. Man soll, das ist überhaupt die Doktrin an der Pestalozzistrasse, ohnehin nicht so sehr nach dem Absoluten streben, weil man sich dabei zwangsläufig auf Defizite versteift. Gesundheit als «Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens», wie es die WHO einst definiert hat? Es nützt mehr, mit den verfügbaren Ressourcen auf die Erhaltung von Lebensqualität hinzuarbeiten.

Auch mit Krebs, mit der Gehbehinderung, mit der beginnenden Demenz, mit den schwächer werdenden Augen oder dem abnehmenden Gehör kann ein schönes Leben noch gelingen. Ein grosses Thema, an dem das Zentrum schon länger dran ist, heisst «Digitalisierung und Alter». Durch die Coronakrise gewann es an Dringlichkeit, weil reale Kontakte gerade für die Älteren kaum noch möglich waren. Kollege Schelling sagt nicht, dass das ein Fehler war. Aber es hat aus seiner Sicht etwas lange gedauert, bis die enge virologische Sicht, welche die Massnahmen auch hier in der Schweiz geprägt hat, von anderen Disziplinen flankiert wurde, die stärker auch das psychische Wohlergehen der alten Menschen mit in den Blick nehmen.

DER
SOMMER
IM
TESSIN

Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow

20% VPOD-Rabatt

(jederzeit gültig)

HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

info@grappoli.ch
www.grappoli.ch

Hotel Ristorante iGrappoli - 6997 Sessa - Tel. 091 608 11 87

AZB Postfach, 8036 Zürich

«Hilfe, meine Miete wird ungerechtfertigt erhöht! Wer hilft mir?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C004807

Titelseite: *Die «Helvetia auf Reisen» von Bettina Eichin blickt von Basels mittlerer Brücke rheinabwärts. (Foto: Max Karmazin/Wikimedia Creative Commons)*